

Rechtspopulistische Rhetorik revisited am Beispiel der FPÖ-Wahlkämpfe in den Jahren 2015 und 2016*

Sabine Lehner (Wien)

Abstract

Right wing and far right parties have recently succeeded in many elections worldwide. The Austrian Freedom Party (Freiheitliche Partei Österreichs, FPÖ), one of the most successful right-wing populist parties of Europe, has lately also enjoyed great popularity in regional and national elections. Norbert Hofer, the FPÖ-candidate, even made it to the run-offs of the presidential election in 2016. This paper draws on a discourse-analytical approach and investigates the discursive strategies implemented by the FPÖ during two election campaigns (the 2015 local elections in Vienna and the 2016 presidential elections). Based on various discursive events of both campaigns (speeches, posters, TV-discussions etc.), this contribution examines if recent right-wing populist rhetoric corresponds to well-known patterns or if there have been some shifts.

1 Einleitung

Aktuelle Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in der Europäischen Union und weltweit (Frankreich, Niederlande, USA, Ungarn, etc.) wie auch in Österreich sprechen für eine eingehende Beschäftigung mit rechtspopulistischen Wahlkämpfen, wie sie die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 2015 (Wien-Wahl) und 2016 (Bundespräsidentenwahl) führte. Zum Rechtspopulismus, insbesondere zu Geschichte und Kommunikationsstrategien der FPÖ, liegen zahlreiche und umfassende Studien vor (vgl. Forchtner/Krzyżanowski/Wodak 2013; Köhler/Wodak 2011; Ötsch/Horaczek 2017; Reisingl 2002; Scharsach 1992, 2017; Marquart 2013; Wodak 2013, 2015, 2016; Wodak/Forchtner 2014). Ein konstitutives Element von Rechtspopulismus – als eine Spielart des Populismus – ist die Anrufung und Berufung auf das „Volk“ (vgl. Reisingl 2002: 149). Die Identifizierung mit einem „Volk“ präsupponiert häufig die Existenz einer willkürlich definierten homogenen Gemeinschaft („Volk“) mit eindeutigen und geteilten Zielen und Interessen, die vertreten werden können (vgl. Wodak 2013: 24). Dies geht mit Homogenisierungen, Vereinfachungen und somit auch Ausschlüssen, wer nicht dazu gehört, einher. Wodak (2016: 19-20.) unterstreicht, dass erst die Kombination spezifischer rhetorischer Formen bzw. diskursiver Strategien und konkreter ideologischer Inhalte

* Der Beitrag entstand im Rahmen des FWF-finanzierten Projekts „Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identität/en 2015. Eine Longitudinalstudie“ (P 27153). Ich danke meinen Kolleg_innen Ruth Wodak, Markus Rheindorf und Rudolf de Cillia für ihr anregendes sowie wertvolles Feedback und ihre Unterstützung beim Verfassen dieses Artikels.

rechtspopulistische Rhetorik konstituiert. Ein Erfolgsrezept rechtspopulistischer Diskurse ist u.a. die diskursive Konstruktion von Ängsten und Gefahren, gepaart mit der Konstruktion von Sündenböcken (vgl. Reisigl 2002: 192; Scharsach 1992: 25-27; Ötsch 2000: 67-68; Wodak 2016). Der vorliegende Beitrag widmet sich zum einen Kontinuitäten rechtspopulistischer Rhetorik, zum anderen neuen sprachlichen Mustern, wie sie in den jüngsten Wahlkämpfen beobachtet werden konnten. Dabei werden die folgenden Fragen behandelt: Welche diskursiven Strategien und Inhalte kommen in den Wahlkämpfen der FPÖ 2015 und 2016 zur Anwendung? Inwiefern entsprechen diese bereits bekannten Kriterien rechtspopulistischer Rhetorik?

Nach einer Vorstellung des theoretisch-methodologischen Rahmens, des Diskurshistorischen Ansatzes der Kritischen Diskursanalyse, werden zentrale Analysekatoren sowie die Konzepte der Sagbarkeitsbedingungen und Normalisierung (Abschnitt 2) vorgestellt. Darauf folgt ein kurzer Überblick über die Geschichte der FPÖ als rechtspopulistische Partei (Abschnitt 3). Die Kontexte der beiden Wahlkämpfe werden in Abschnitt 4 skizziert. In Abschnitt 5 wird zunächst das Datenkorpus vorgestellt, anschließend werden die Themenschwerpunkte der beiden Wahlkämpfe sowie die diskursiven Strategien, die im Rahmen der Analyse als markant identifiziert wurden, exemplarisch präsentiert. Abschließend werden die wichtigsten Ergebnisse rekapituliert.

2 Theoretischer Hintergrund

2.1 Diskurshistorischer Ansatz

Den theoretisch-methodologischen Rahmen dieser Untersuchung bildet der sog. Diskurshistorische Ansatz (DHA) der Wiener Kritischen Diskursanalyse, dessen Prinzipien im Folgenden knapp wiedergegeben werden.¹ Diskurs wird hier als „Gesamtheit aller bedeutungstiftenden Ereignisse (auch diskursive Ereignisse genannt) mit inhaltlichem Bezug zu einem bestimmten Thema“ begriffen (Rheindorf 2017b: 18) und konstituiert sich durch eine Vielzahl an kontextabhängigen semiotischen Praktiken (vgl. Reisigl/Wodak 2016: 27). Zentral ist die Differenzierung und Berücksichtigung verschiedener Kontextdimensionen, die vom unmittelbaren sprachlichen Kontext, von intertextuellen/interdiskursiven Verweisen, situativen Kontexten bis zu historischen und soziopolitischen Kontexten von Aussagen reichen (vgl. Reisigl/Wodak 2016: 30-31; Rheindorf 2017b: 20). Der DHA geht gemäß seinem konstruktivistischen Zugang von einem dialektischen Verhältnis zwischen Diskursen und sozialer Wirklichkeit aus, die jeweils empfänglich für Veränderungen sind. Demzufolge kann sich verändern, was zu einer bestimmten Zeit zu einem Thema gesagt werden kann (siehe 2.2). Angesichts der (möglichen) komplexen Verflechtung von Diskursen mit verschiedenen sozialen, politischen und historischen Kontexten zeichnet sich der DHA durch eine problemzentrierte Interdisziplinarität und methodische Offenheit aus (vgl. Rheindorf 2017b: 19), sodass auch Erkenntnisse aus anderen Disziplinen inkorporiert werden.

Im DHA richtet sich die Wahl an Methoden nach dem jeweiligen Forschungsinteresse bzw. zu untersuchenden Problem (vgl. Rheindorf 2017b: 30). Allgemein unterscheidet der DHA drei

¹ Für eine umfassende Darstellung des DHA siehe Reisigl/Wodak (2016), Rheindorf (2017b) oder Wodak et al. (1998).

Analyseebenen: „(1) having identified the specific *content* or *topic* (s) of a specific discourse, (2) discursive strategies are investigated. Then (3), linguistic *means* (as types) and context-dependent *linguistic realizations* (as tokens) are examined” (Reisigl/Wodak 2016: 32, H. i. O.). Mit dem Begriff der „Strategie“ ist Folgendes gemeint: „a more or less intentional plan of practice (including discursive practices) adopted to achieve a particular social, political, psychological or linguistic goal. Discursive strategies are located at different levels of linguistic organization and complexity” (Reisigl/Wodak 2016: 33). Zu den gängigsten diskursiven Strategien zählen Nomination, Prädikation, Argumentation, Perspektivierung und Intensivierung/Abschwächung (siehe Reisigl/Wodak 2016: 33 für eine Übersicht). Diese können durch diverse sprachliche Mittel realisiert werden: So gibt es zahlreiche sprachliche Realisierungsmöglichkeiten, wie Personen, deren Eigenschaften sowie Handlungen repräsentiert werden, z. B. Pronomina, spezifische Verben, Zuschreibung von positiven/negativen Eigenschaften. Für die vorliegende Untersuchung sind die Art und Weise, wie auf verschiedene Personen (gruppen) sprachlich verwiesen wird (Nomination), und welche Eigenschaften sowie Handlungen ihnen zugeschrieben werden (Prädikation) von besonderer Bedeutung. Bei der Analyse der argumentativen Strategien wird auf den Einsatz verschiedener Topoi fokussiert. Dabei handelt es sich um wiederkehrende, standardisierte Schlussregeln, die Argumente mit Schlussfolgerungen verbinden. In rechtspopulistischen Diskursen gibt es charakteristische Topoi, wie Topos des Volkes, der Kultur, der Gefahr, der Bedrohung, der Belastung, des Retters, der demokratischen Mitbestimmung, des Nutzens, des Missbrauchs und der Geschichte (vgl. Reisigl 2002: 185-196). So stützt bspw. der Topos des Volkes die folgende Argumentation: „[w]enn das Volk eine Handlung will/nicht will, dann soll diese Handlung erfolgen/nicht erfolgen“ (Wodak 2016: 69).

2.2 Sagbarkeitsbedingungen und Normalisierung

Wie bereits angeklungen, wird angenommen, dass es Sagbarkeits- bzw. Möglichkeitsbedingungen gibt, die konstituieren, was in einem bestimmten Diskurs (ohne Sanktionen) gesagt werden kann:

Der Diskurs bestimmt, was in einer Gesellschaft, an einem Ort, zu einer Zeit ‚sinnvoll‘ gesagt werden kann. Der Diskurs, von dem Foucault spricht, ist eine Instanz, die Wissen produziert, wobei nicht nur von Interesse ist, was gesagt wird, das Wissen, die Bedeutungen, die generiert und reproduziert werden, sondern ebenso die Regeln, die darüber bestimmen, *was gesagt werden kann*. Foucault interessieren die „Sagbarkeitsregime“, die Möglichkeiten, die der Diskurs eröffnet, etwas zu sagen.

(Bettinger 2007: 77, H. i. O.)

Diese Sagbarkeitsregime unterliegen allerdings auch Veränderungen, die sich u.a. in veränderten Begriffsbedeutungen und deren Verwendung in Diskursen niederschlagen. Normalisierung beschreibt den Prozess, durch den gewisse Dinge sagbar gemacht werden. Bezugnehmend auf Jürgen Link (2013) beschreibt Wodak solche Normalisierungsprozesse wie folgt:

[...] beispielsweise können sich die Konnotationen von Begriffen verändern, von eher positiven zu eher negativen Mitbedeutungen, und umgekehrt; Begriffe werden also rekontextualisiert. Es können auch Forderungen, die zunächst von marginalisierten Gruppierungen vorgebracht werden,

von Mainstream-Parteien im Laufe gesellschaftlicher Veränderungen aufgegriffen und umgesetzt werden, derart zur Normalität mutieren. Dies ist ein durchaus gängiger Prozess, der häufig in [...] Kämpfen um hegemoniale Bedeutungsmacht auftritt.

(Wodak 2015: 3)

Normalisierungsprozesse modifizieren bzw. erweitern demnach die Sagbarkeits- bzw. Möglichkeitsbedingungen innerhalb eines Diskurses. Spitzmüller/Warnke zufolge handelt es sich hierbei um einen dialektischen Prozess: „Es sind die Handelnden im Diskurs, die Wissen hervorbringen, zum Verschwinden bringen, regulieren und befördern. [...] Handelnde mit sozialen Rollen, die durch Möglichkeitsbedingungen der Aussage bestimmt sind und die ebensolche Determinanten durch ihre Aussagen hervorbringen“ (Spitzmüller/Warnke 2011: 137). Durch verändertes sprachliches Handeln und dessen Wiederholung können somit Veränderungen der Sagbarkeitsbedingungen herbeigeführt werden (vgl. Gredel 2014: 18).

Das Konzept der Normalisierung wurde in diskursanalytischen Arbeiten weiter bearbeitet, wie von Rheindorf/Wodak (2018) und Rheindorf (2017a). Beide Beiträge zeigen, wie ursprünglich rechtsextreme Begriffe, Deutungsweisen (bspw. „Integrationsunwilligkeit“) oder Forderungen (bspw. nach nationalen Grenzkontrollen) von Regierungsparteien (SPÖ und ÖVP) übernommen werden. Was häufig als inhaltliche und ideologische Annäherung behandelt wird, zeigt aus anderer Perspektive zugleich eine Normalisierung rechtspopulistischer Ideologien und Begriffe.

In Hinblick auf rechtspopulistische Strategien sind die Konzepte der kalkulierten Ambivalenz und der geplanten Provokation zu nennen, da beide Strategien auf ein Bewusstsein und Wissen (der Sprecher_innen) über diskursive Sagbarkeitsbedingen hindeuten und durch deren systematische Verletzung bzw. Irritation rechte Positionen sukzessive normalisiert werden. Die Strategie der kalkulierten Ambivalenz nutzt zweideutige, widersprüchliche Botschaften, um unterschiedliche Gruppen anzusprechen und dabei die eigene politische Position nicht eindeutig zu verorten oder ein konkretes Tabu zu brechen, ohne dafür verantwortlich gemacht werden zu können (vgl. Reisigl 2002: 168). Bei der geplanten Provokation handelt es sich um eine Strategie, bei der die Grenzen des Sagbaren durch einen Tabubruch verletzt bzw. irritiert werden, ein Skandal provoziert und dieser anschließend relativiert wird (vgl. Köhler/Wodak 2011: 68). Dieses Vorgehen ist beliebt bei Rechtsparteien und ist auch für die FPÖ in zahlreichen Fällen dokumentiert (vgl. Reisigl 2002; Engel/Wodak 2009; Köhler/Wodak 2011). Dabei handelt/e es sich meist um rassistische, homophobe, antisemitische oder antimuslimische/antiislamische Inhalte, die sprachlich allerdings so gestaltet sind, dass sie „sich regelmäßig an die Grenzen des Erlaubten heran[tasten], wobei selten ein Statement die rechtlichen Grenzen der Meinungsfreiheit, immer aber die eine oder andere Aussage klar die im Mainstream akzeptierten moralischen Grenzen überschreiten“ (Köhler/Wodak 2011: 68). Beide Strategien führen dazu, die mediale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und maßgeblich das Agendasetting zu bestimmen, da die Medien darüber berichten und die anderen Parteien auf die Tabubrüche reagieren (müssen) (vgl. Wodak 2016: 38-40).

3 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Die FPÖ ging 1956 aus dem Verband der Unabhängigen (VdU), einem Sammelbecken von (ehemaligen) Nationalsozialisten nach dem Zweiten Weltkrieg, hervor. Mit Jörg Haider² Übernahme der Partei 1986 wurden nationalistische und fremdenfeindliche Tendenzen wieder salonfähig (vgl. Rheindorf/Wodak im Erscheinen). Zwar kam Haider aus dem deutschnationalen Lager, doch löste eine Fokussierung auf ausländerfeindliche Themen allmählich den Deutschnationalismus ab (vgl. Gärtner 2002: 24). Marquart stellt eine allgemeine „Enttabuisierung empfindlicher Themen wie Migration oder Ausländerfeindlichkeit“ durch die FPÖ fest (Marquart 2013: 356).

Traditionell handelt es sich bei der FPÖ um eine Oppositionspartei, allerdings regierte sie zwischen 2000 und 2007 (bzw. ab 2005 als Splitterpartei Bündnis Zukunft Österreich, BZÖ) in einer Koalition mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Diese Regierungskonstellation löste nicht nur innerhalb Österreichs Proteste aus, sondern führte auch auf diplomatischer Ebene zu Sanktionen (vgl. Manoschek 2002: 3). Nach der Abspaltung des BZÖ übernahm 2005 Heinz-Christian Strache³ die Partei. Nach einem erfolglosen ersten Jahr folgte ein Strategiewechsel, der mit einem Wechsel der Rhetorik und Themensetzungen, u.a. hin zu antiislamischem bzw. antimuslimischem Rassismus, einherging und tatsächlich in zunehmender Zustimmung mündete (vgl. Forchtner/Krzyżanowski/Wodak 2013; Wodak 2015: 2). Rheindorf/Wodak (im Erscheinen) stellen ein „softening of extreme-right positions and an increased use of the symbols of banal nationalism“ seit Straches Übernahme der Partei fest. Zwar scheinen die Aussagen weniger extrem bzw. explizit rassistisch oder ausschließend, doch basieren sie auf den gleichen Ausschlussprozessen (vgl. Wodak 2013: 25).

In den letzten Jahren lässt sich ein verstärkter Zulauf nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in mehreren Bundesländern beobachten, in denen die Landesparteien seit 2015 in Oberösterreich und im Burgenland als Koalitionsparteien mitregieren. Dass die SPÖ im Burgenland in eine Koalition mit der FPÖ eingetreten ist, wurde von vielen SPÖ-Sympathisant_innen als Skandal empfunden. Innenpolitische Entwicklungen im Jahr 2017 zeugen ebenfalls vom ambivalenten Verhältnis der SPÖ und der FPÖ bzw. von der Unsicherheit dahingehend, ob auf Bundesebene mit der FPÖ koalitiert werden könne.⁴ Dass eine Normalisierung der Partei sowie ihrer

² Jörg Haider (1950-2008) politische FPÖ-Karriere begann im Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ). Der promovierte Jurist war sowohl in der Kärntner Politik als auch im Nationalrat tätig. Obwohl Haider selbst federführend die FPÖ im Hintergrund beeinflusste, war er selbst nie Regierungsmitglied. Haider war von 1999 bis zu seinem Tod 2008 Kärntens Landeshauptmann. Haider fiel immer wieder durch Provokationen und NS-Anspielungen auf (vgl. Januschek 1992; Manoschek 2002: 7) und legte das Fundament für rechtspopulistische Rhetorik (vgl. Ötsch 2000).

³ Heinz-Christian Strache (geboren 1969) ist gelernter Zahntechniker und u.a. Bundesparteiobermann der FPÖ. Strache weist zahlreiche Verbindungen zu neonazistischen und rechtsextremen Gruppierungen auf – so nahm er z. B. als Jugendlicher/junger Erwachsener an Wehrsportübungen teil. Ferner ist er Mitglied der schlagenden Burschenschaft „Vandalia“. Seit Dezember 2017 ist er Bundesminister für Beamte und Sport.

⁴ Die SPÖ hat vor der Nationalratswahl einen Kriterienkatalog in Hinblick auf mögliche zukünftige Koalitionen auf allen politischen Ebenen erstellt. Zwar wird im Katalog nicht explizit die FPÖ als Koalitionspartnerin erwähnt, doch schließt der Beschluss nicht mehr – so wie früher – eine Koalition mit der FPÖ kategorisch aus (vgl. SPÖ s. a.).

Inhalte stattgefunden hat, zeigt neben dem Wahlerfolg der FPÖ in den letzten Nationalratswahlen 2017 auch der Umstand, dass die ÖVP unter Sebastian Kurz diese Wahl mit einem rechts-populistischen Wahlprogramm gewann und im Dezember 2017 eine Koalition mit der FPÖ einging.

Die FPÖ weist eine zweifache Kontinuität hinsichtlich der Bezüge zum Nationalsozialismus auf: Einerseits waren führende FPÖ-Funktionäre ehemalige NSDAP-Mitglieder (z. B.: Anton Reinthaller oder Hermann Neubacher), andererseits fallen/fielen FPÖ-Politiker_innen immer wieder durch eine Nähe zu NS-Gedankengut auf (vgl. Januschek 1992; Manoschek 2002: 6-7; Pollak 2015). Weiters ist eine Nähe zur rechtsextremen Zeitschrift „Die Aula“ manifest, da diese nicht nur personelle Überschneidungen aufweist, sondern auch Förderungen durch FPÖ-nahe Organe erfährt (vgl. DÖW s. a. (a)). Außerdem ist beachtlich, dass sich unter den FPÖ-Funktionären zahlreiche Burschenschafter befinden (vgl. Peham s. a.: 13; Scharsach 2017), obwohl sich die FPÖ nach Außen antiintellektuell und antielitär gibt.

3.1 Hierarchische Struktur mit „männlicher“ Hauptfigur

Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien ist maßgeblich mit charismatischen Persönlichkeiten verbunden: „Such charismatic leaders necessarily require a hierarchically organized party and authoritarian structures in order to install law and order and to protect the Christian Occident against the Muslim Orient“ (Wodak 2015: 67, H. i. O.). Die FPÖ blickt mit dem ehemaligen FPÖ-Bundespartei- und Klubobmann Jörg Haider und dem jetzigen Bundespartei- und Klubobmann Heinz-Christian Strache ebenfalls auf zwei dominante männliche Führungspersönlichkeiten zurück. Diese hierarchische Struktur und stringente Zentrierung auf Strache (vgl. Marquart 2013: 369) wird durch die Kandidatur des dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer⁵ bei der Bundespräsidentenwahl 2016 irritiert, da mit ihm eine weitere Leitfigur als besserer Kandidat und Held inszeniert wird. Das drohende Dilemma wird einerseits explizit dementiert, andererseits argumentativ durch die Aufteilung in verschiedene Funktionen aufgelöst, um die hierarchische Struktur aufrecht zu erhalten. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Anmoderation im Rahmen des Wahlkampfauftritts 2016, als die Moderatorin Strache als Einzigen, der auf der Bundesebene für die Interessen der Bürger_innen eintrete und deswegen von den politischen Gegner_innen diffamiert werde, bezeichnet. Auch beim Wahlkampfauftritt zur Wien-Wahl 2015 kündigt die Moderatorin Johann Gudenus⁶ als „den FPÖ Klubobmann des Wiener Landtages und unseren [sic!] Nummer zwei für Landtagswahl [sic!] in Wien“ an.

⁵ Norbert Gerwald Hofer (geboren 1971) war nach seiner Tätigkeit im Luftfahrzeugwesen in der FPÖ im Burgenland aktiv. Seit 2006 ist er Nationalratsabgeordneter, zwischen 2013 und 2017 war er dritter Nationalratspräsident und seit Dezember 2017 ist er Infrastrukturminister. Hofer hat maßgeblich am Verfassen des FPÖ-Parteiprogramms und des Handbuchs freiheitlicher Politik mitgewirkt (vgl. Rheindorf/Wodak im Erscheinen). Hofer ist Ehrenmitglied der deutschnationalen Burschenschaft Marko-Germania zu Pinkafeld, die die österreichische Nation in ihrer Festschrift als „geschichtswidrige Fiktion“ ablehnt (vgl. Weidinger s. a.).

⁶ Johann Baptist Björn Gudenus (1976 geboren) war zunächst im RFJ Niederösterreich, später auch beim RFJ in Wien tätig. Nach verschiedenen Funktionen in der Wiener Politik und der FPÖ, wurde der studierte Jurist Klubobmann der Wiener FPÖ und Straches Stellvertreter. Seit der ÖVP-FPÖ-Regierungsbildung im Dezember 2017 ist Gudenus Nationalratsabgeordneter. Er ist Mitglied der schlagenden Burschenschaft „Vandalia“, inter/national

Bemerkenswert ist, dass Strache nicht nur die Kandidat_innen in den jeweiligen Bundesländern während der Wahlkämpfe unterstützt, sondern er auch in den letzten beiden Wienwahlkämpfen (2010 und 2015) als Spitzenkandidat auftrat, doch beide Male letztlich nicht in die Landespolitik wechselte. In Straches Performances lässt sich ein Wandel seiner präferierten Rolle beobachten: In einem Video richtet sich Strache in staatsmännischer Haltung mit einer „Grundsatzzerklärung zum Asylnotstand in Österreich“ (16.09.2015; Abb. 1) an die Österreicher_innen (vgl. FPÖ TV 2015). Dieses Beispiel verdeutlicht ferner, wie die FPÖ nicht nur klassische (Mainstream-)Medien und Formate (Reden, Parteiprogramme etc.) nutzt, sondern auch (massiv) auf alternative webbasierte Kanäle (Facebook, Youtube, FPÖ TV etc.) setzt, um ihre Nachrichten an die Wähler_innen zu verbreiten (vgl. Forchtner/Krzyżanowski/Wodak 2013: 214).



Abbildung 1: Straches „Grundsatzzerklärung“

3.2 Typische diskursive Strategien der FPÖ (in Wahlkämpfen)

Allgemein zählen Inklusions- und Exklusionsstrategien, wie sie sich z. B. in der willkürlichen Konstruktion eines homogenen „wahren“ Volkes und der Ausgrenzung von Anderen innerhalb und außerhalb, also Fremden zeigen, zu den wesentlichen externen Kommunikationsstrategien der FPÖ (vgl. Marquart 2013: 355; Wodak/Köhler 2010: 35). Zum Standardrepertoire rechtspopulistischer Strategien zählt ferner die diskursive Konstruktion von Ängsten und Gefahren (vgl. Wodak/Köhler 2010: 39), sowie von Sündenböcken, worin eine beachtliche Kontinuität besteht (vgl. Wodak/Köhler 2010: 40). Eine Analyse von Wahlplakaten zwischen 1978 und 2008 zeigt, dass die FPÖ auf eine starke Personalisierung setzt (Zentrierung auf einen Spitzenkandidaten; vgl. Marquart 2013: 368). Außerdem ist seit 2005 ein gleichzeitiges Auftreten des „Heimat“-Sujets und von Migrations- und Kriminalitätsthemen zu verzeichnen (vgl. Marquart 2013: 362–365). Derlei Themensetzungen zeichneten sich bereits 1992/1993 im Volksbegehren „Österreich zuerst“ ab: „it was a first comprehensive signal that the FPÖ would continue with the emotionalization of anti-foreigner attitudes – and it was meant to mobilize anti-foreigner attitudes“ (Gärtner 2002: 23). Nicht zuletzt zeigt sich dies auch in der aktuellen Selbstbezeichnung der FPÖ als „Die soziale Heimatpartei“ (Abb. 2), was mit der Konstruktion eines „Volks“ einhergeht: „Unter Strache werden in wachsendem Maße Motive eingesetzt, die

mit rechtsextremen Kreisen vernetzt und fällt immer wieder als Hardliner der FPÖ auf (vgl. Pollak 2015: 19-23; Rheindorf/Wodak im Erscheinen; Zöchling 2015).

auf die ‚Echtheit‘ des Volkes und die Herkunft der österreichischen BürgerInnen fokussieren“ (Marquart 2013: 368).

Schon im Wahlkampf 2005 rief Strache ein „Duell“ mit dem amtierenden Bürgermeister Häupl um Wien aus und inszenierte sich selbst als Kandidat für die Wiener_innen, während Häupl für mehr Zuwanderung stehe (vgl. Wodak/Forchtner 2014: 239f.; Forchtner/Krzyżanowski/Wodak 2013: 215-217). Die FPÖ stellte im Wien-Wahlkampf 2010 (pseudo)historische Bezüge zur sog. „Türkenbelagerung“ her und rekontextualisierte dies (u.a. in einem zu Gewalt aufrufenden Comic), um antimuslimische/antitürkische Ressentiments zu schüren. Der Wahlkampf setzte insgesamt u.a. auf nativistische Wir-Ihr-Differenzierungen, antimuslimische Tendenzen und Provokationen sowie kalkulierte Ambivalenz. (Vgl. Wodak/Forchtner 2014) Weiters waren Sicherheit, Zuwanderung und Integration zentrale Wahlkampf-Themen.

4 Kontexte: Wahljahre 2015 und 2016 in Österreich

In den Jahren 2015 und 2016 fanden einige Wahlen in Österreich statt: 2015 gab es vier Landtagswahlen (Burgenland (31.05.), Steiermark (31.05.), Oberösterreich (27.09.) und Wien (11.10.)). 2016 wurden die Bundespräsident_innenwahl⁷, deren Stichwahl und (verzögerte) Stichwahlswiederholung und somit ein verhältnismäßig lange dauernder Wahlkampf abgehalten.

4.1 Wien-Wahl 2015

Wien ist traditionell ein sozialdemokratisch regiertes Bundesland bzw. wurde die SPÖ in allen (demokratischen) freien Wahlen seit 1919 bzw. 1945 zur stimmenstärksten Partei gewählt (vgl. Stadt Wien s. a.). Nach der Wahl 2010, in der die SPÖ die absolute Mehrheit verlor und die FPÖ den zweiten Platz erreichte, ging die SPÖ mit den Grünen unter Maria Vassilakou⁸ eine Koalition ein. Der Wahlkampf für die Wien-Wahl 2015 fiel in einen Zeitraum, in dem sehr viele Geflüchtete Österreich/Wien erreichten bzw. passierten. Dies ging mit einer verstärkten medialen und politischen Fokussierung der Themen Flucht und Asyl einher. Während der amtierende Bürgermeister von Wien Michael Häupl (SPÖ)⁹ im Wahlkampf eine positive Einstellung gegenüber Geflüchteten vertrat, verfolgte die FPÖ gegenüber migrations- und asylpolitischen Themen erwartungsgemäß eine gegenteilige Strategie und deutete die Ereignisse als Scheitern und Fahrlässigkeit der herrschenden Politiker_innen. Diese beiden kontrastierenden Positionen wurden in den Medien als „ein Duell“ zwischen Strache und Häupl dargestellt, ähnlich wie im Wahlkampf 2010 (vgl. Wodak/Forchtner 2014: 240). Bei der Wahl

⁷ Nachdem mit Irmgard Griss ursprünglich zumindest eine Frau zur Wahl antrat, ist in diesem Text bis zum ersten Wahldurchgang von „Bundespräsident_innenwahl“, nach ihrem Ausscheiden von der „Bundespräsidentenwahl“ die Rede.

⁸ Maria Vassilakou (1969) begann ihre politische Karriere in der Österreichischen HochschülerInnenschaft. Seit 1996 ist sie für die Grünen im Wiener Rathaus tätig. Nach den Wien-Wahlen 2010 und 2015 gingen die Wiener Grünen unter Vassilakou eine Koalition mit der SPÖ ein. Seit 2010 ist sie Vizebürgermeisterin und Verkehrsstadträtin.

⁹ Michael Häupl (geboren 1949) ist promovierter Biologe und war zunächst im Verband sozialistischer Student_innen Österreichs und diversen anderen Funktionen in der SPÖ und in der Wiener Politik tätig. Von 1994 bis 2018 war er Wiens Bürgermeister.

am 11. Oktober 2015 verlor die SPÖ zwar an Zuspruch (39,6 %), doch fiel dieser Verlust weniger stark als prognostiziert aus. Dennoch wurde das Wahlergebnis von der FPÖ (30,8%), als großer Erfolg ausgelegt, wenngleich das Wahlziel, stimmenstärkste Partei zu werden, nicht erreicht wurde. Die Koalitionsgespräche mündeten erneut in einer Koalition mit den Grünen, die einen leichten Stimmenverlust verzeichneten.

Neben den einschlägigen Themen zeichnete sich der FPÖ-Wahlkampf durch die wiederholte Bezugnahme auf die sog „Oktoberrevolution“ aus (siehe 5.4), womit die FPÖ einen Regierungswechsel in Wien ankündigen wollte. Eine weitere Besonderheit des Wahlkampfes war der Wechsel von Ursula Stenzel¹⁰, Bezirksvorsteherin des ersten Bezirkes, von der ÖVP zur FPÖ.

4.2 Bundespräsidenten-Wahl 2016

Die Bundespräsident_innenwahl 2016 stellte eine mehrphasige Wahl dar. In einem ersten Wahldurchgang gingen Norbert Hofer als Kandidat der FPÖ (mit 35 %) und Alexander Van der Bellen als unabhängiger, doch von den Grünen unterstützter Kandidat (mit 21%) als die stimmenstärksten Kandidaten hervor. Das Ergebnis der Stichwahl (am 22.05.), die eine knappe Mehrheit für Van der Bellen brachte, wurde von der FPÖ angefochten und vom Verfassungsgerichtshof wegen vermeintlicher Unregelmäßigkeiten aufgehoben. Die Aufhebung führte zu Kontroversen, u.a. da die bemängelten Missetände bereits bekannt waren. Kritische Stimmen unterstellten der FPÖ, die Wahl aus taktischen Gründen anzufechten. Der Termin für die Wiederholung der Stichwahl musste wiederum wegen technischen Problemen auf den 04.12.2016 verschoben werden, bevor sie Van der Bellen mit größerem Abstand (53,8 %) gewann. Angesichts des mehrstufigen Wahlprozesses und der Verzögerungen erstreckte sich der Wahlkampf über einen langen Zeitraum, der von mehreren kleinen Skandalen, zahlreichen TV-Diskussionen, Themenschwerpunkten und Mobilisierungs- sowie Solidaritätsbekundungen der Zivilgesellschaft und Medien geprägt war. Zudem zogen Wahlkampf und Stichwahl internationale Aufmerksamkeit auf sich. Angesichts der manifesten Unterschiede zwischen den Kandidaten wurde immer wieder von einer Polarisierung bzw. Spaltung der österreichischen Gesellschaft gesprochen.

5 Analyse

Das Datenmaterial der Untersuchung umfasst verschiedene Textsorten wie Wahlplakate, Internetauftritte (Postings), das Wahlprogramm der Wien-Wahl (vgl. FPÖ s. a.), den Liedtext sowie das Begleitvideo der Wahlkampfhymne „Immer wieder Österreich“ und dessen adaptierte Version für die Bundespräsidentenwahl (vgl. FPÖ TV 2016a, b). Zusätzlich werden die folgenden Wahlkampfreden und Fernsehauftritte der FPÖ-Kandidat_innen der beiden Wahlkämpfe in der Analyse berücksichtigt, die jeweils mit Kürzeln (in Klammern) versehen werden:

¹⁰ Ursula Stenzel (geboren 1945) wurde nach ihrer jahrzehntelangen Tätigkeit als ORF-Journalistin ÖVP-Europaparlamentarierin (1999-2006). Danach wechselte sie in die Wiener Politik, wo sie bis 2015 Bezirksvorsteherin für den ersten Bezirk war. 2015 gab sie bekannt, dass sie als unabhängige Kandidatin für die FPÖ antreten werde.

Wien-Wahlkampf 2015:

- Interview Wien heute: Paul Tesarek und Heinz-Christian Strache (01.10.2015, ORF) (W-ORF-WH) (vgl. Oesterreichzuerst 2015)
- Reden von Johann Gudenus, Ursula Stenzel, Heinz-Christian Strache bei der Abschlusskundgebung am Stephansplatz (08.10.2015) (W-RST) (vgl. Strache 2015)

Bundespräsidentenwahlkampf:

- Reden von Norbert Hofer und Heinz-Christian Strache bei der Wahlkampfveranstaltung am Stephansplatz (22.04.2016) (BP-RST) (vgl. FPÖ TV 2016b)
- (unmoderiertes) Gespräch bzw. „Duell“ zwischen Norbert Hofer und Alexander Van der Bellen (15.05.2016, ATV) (BP-ATV-D) (vgl. ATV 2016)
- Diskussion Corinna Milborn, Norbert Hofer und Alexander Van der Bellen (20.11.2016, Puls4) (BP-Puls4-MHV) (vgl. PULS 4 2016a)
- Interview Corinna Milborn und Norbert Hofer (21.11.2016, Puls 4) (BP-Puls4-MH) (vgl. PULS 4 2016b)

Für die Analyse wurde das Datenmaterial sorgfältig gesichtet und in Hinblick auf Inhalte und diskursive Strategien sowie die unter 2.1 vorgestellten Analysekategorien (Nomination, Prädikation, Argumentation/Topoi) aufbereitet. Beim Videomaterial wurde aus Zeitgründen von einer umfassenden Transkription abgesehen und stattdessen eine grobe Verschriftung ausgewählter Stellen angefertigt (siehe Transkriptionskonventionen im Anhang).

In den folgenden Abschnitten werden die Themenschwerpunkte der beiden Wahlkämpfe vorgestellt. Anschließend wird die Analyse der eingesetzten diskursiven Strategien präsentiert und anhand einiger Beispiele beleuchtet.

5.1 Themenschwerpunkte in den Wahlkämpfen**5.1.1 Wien-Wahlkampf**

Das auf der Website der FPÖ vorgestellte Wahlprogramm 2015 enthält die folgenden 12 Punkte (siehe auch Abb. 2):

- „Stopp der Zuwanderung und Schutz auf Zeit statt Türen auf für alle“
- „Echte Sicherheit statt Kriminalitätslawine“
- „Sichere Arbeitsplätze und soziale Wärme statt Verdrängung und Lohndumping“
- „Heimatrecht für Wiener statt Fremdsein in der eigenen Stadt“
- „Ja zu Familien statt Gender-Wahnsinn“
- „Direkte Demokratie statt eine Politik des Drüberfahrens“
- „Respekt für Senioren statt ein Lebensabend in Armut“
- „Gesicherte Gesundheitsversorgung statt Zerschlagung der Struktur“
- „Sinnvolles Sparen statt Verschwendung ohne Ende“
- „Leistbares Wohnen für die Wiener statt Wuchermieten“
- „Echte Bildung statt ideologischer Experimente und Bürokratie“
- „Freie Fahrt statt Verkehrsschikanen“

Die jeweils mit einem Begleittext versehenen 12 Programmpunkte behandeln einschlägige FPÖ-Themenfelder wie Begrenzung der Zuwanderung, Sicherheit, Heimat, Familienpolitik

und direkte Demokratie. Auffallend an den sprachlich verkürzten Aussagen im Nominalstil ist die Präsentation von dichotomen Forderungen. Dabei wird stets das Schema „A statt B“ verfolgt: „Stopp der Zuwanderung und Schutz auf Zeit statt Türen auf für alle“. Zunächst wird eine programmatische Forderung A präsentiert (zumeist Hochwertwörter, unterstützt durch positive, Zustimmung suggerierende Attribute wie „echte Sicherheit“, „sichere Arbeitsplätze“) und mittels „statt“ einer anderen Position B gegenübergestellt, die negative und abzulehnende Inhalte darstellt („Kriminalitätswalze“, „Verdrängung“, „Wahnsinn“). Die Zuordnung der Forderungen zur FPÖ wird erst in den Begleittexten expliziert, in denen die FPÖ als Umsetzerin des versprochenen Wandels dargestellt wird (Retter-Topos bzw. Erlösungs- bzw. Befreiungsverheißung, vgl. Reisigl 2002: 168). Dadurch wird eine zweifache Dichotomisierung hergestellt: Es werden nicht nur gegensätzliche Inhalte präsentiert, sondern es erfolgt auch immer eine positive Selbst- und negative Fremdzuschreibung.

In den Begleittexten wird zunächst ein katastrophaler Ist-Zustand behauptet, für den die rot-grüne Stadtregierung verantwortlich gemacht wird: „SPÖ und Grüne fördern den Asylmissbrauch und die Massenzuwanderung. Grenzkontrollen werden verweigert und Abschiebungen nicht durchgezogen. Stattdessen gibt es Geld und Sozialleistungen für Wirtschaftsflüchtlinge“ (Abb. 2, H. i. O.; Missbrauchstopos). Gelegentlich werden im Anschluss daran (durch den Kontrast vernünftig erscheinende) Gegenmaßnahmen der FPÖ vorgestellt: „Die FPÖ hilft dagegen denen, die wirklich verfolgt werden. Sie erhalten Schutz auf Zeit. Wer das heilige Asylrecht missbraucht, wird abgeschoben. Die Grenzen werden streng kontrolliert, damit Schlepper gar nicht ins Land kommen“ (H. i. O.). Auffallend ist die Wahl des Modus, da die Aussagen im Indikativ Präsens gehalten sind und somit Faktizität suggerieren. Außerdem kommt hier ein Strohmann-Argument (Goldman 1999: 153) zur Anwendung, da dem_der Gegner_in eine Position übertrieben oder unrichtig zugeschrieben wird. Die Texte schließen mit einem Ausblick in Form einer Liste mit Inhalten, die „[d]ie FPÖ bringt“, wie „Strenge Grenzkontrollen gegen Schlepper und Kriminelle“ oder „Keine Unterbringung von Asylwerbern gegen den Willen der Bürger“.

Insgesamt zeichnen die Darstellungen ein Bild von Asylwerber_innen, das mit Missbrauch („Asylmissbrauch“, „Geld und Sozialleistungen für Wirtschaftsflüchtlinge“, „Scheinasylanten“) und impliziter Bedrohung („Massenzuwanderung“) verknüpft ist (Missbrauchstopos). Zudem werden die Regierungsverantwortlichen „SPÖ und Grüne“ als inkompetent dargestellt, da sie angeblich diese Missbräuche zulassen und nicht gesetzeskonform handeln. Die Beschreibungen basieren auf Generalisierungen und zeichnen ein pessimistisches Bild von Österreich. Es werden weitere Verschlechterungen prognostiziert und Bedrohungsszenarien kreiert, was der Rhetorik bzw. Politik der Angst (vgl. Wodak 2015) entspricht (Gefahren/Bedrohungstopos). Des Weiteren zeigt sich das Charakteristikum rechtspopulistischer Politik, auf gesellschaftliche Probleme mit simplen Lösungsansätzen zu reagieren (vgl. Reisigl 2002: 166). Im gesamten Material zeigt sich eine Anti-Islam-Einstellung (Kontrolle islamischer Einrichtungen, Verbot von Koran-Verteilungen, behauptete Radikalisierung, Jihadismus etc.), die oft von einer Betonung der eigenen christlichen Positionierung begleitet wird. Im Gegensatz zu den Wahlkampfreden wird im online verfügbaren Wahlprogramm nicht auf die EU-Politik Bezug genommen. Die Reden umfassen wirtschaftliche Themen, Arbeitslosigkeit, Armut, Integration, Migration, Grenzpolitik,

Stadtpolitik, versprochener Wandel durch Strache, Islam, Wahlerfolge, Demokratieverständnis und Alleinerziehende. So spricht Strache bei der Abschlusskundgebung des Wien-Wahlkampfes viele Punkte an, die in die Zuständigkeit der Bundespolitik fallen. Strache exemplifiziert diverse Probleme anhand der Wiener Politik: „Wir haben erlebt, auf bundespolitischer Ebene, seit Jahren negativste Entwicklungen und die Bundespolitik ist mit der Wiener Landespolitik natürlich untrennbar verbunden. Ich spreche daher bewusst immer von einem Faymann-Häupl-Kurs, [...] die sprechen sich in allen Belangen ab“ (W-RST; zu ähnlichen Konstruktionen von Angst und Bedrohung in Reden Straches siehe Wodak 2016: 146f.).

The screenshot shows the FPÖ website with a navigation bar at the top. The main headline reads: **Wien wählt: Stopp der Zuwanderung und Schutz auf Zeit statt Türen auf für alle**. Below the headline is a photograph of a border crossing sign for 'Republik Österreich' and 'GRENZÜBERGANG' with people carrying belongings. The article text states: 'SPÖ und Grüne fördern den Asylmissbrauch und die Massenzuwanderung. Grenzkontrollen werden verweigert und Abschiebungen nicht durchgezogen. Stattdessen gibt es Geld und Sozialleistungen für Wirtschaftsflüchtlinge. Die FPÖ hilft dagegen denen, die wirklich verfolgt werden. Sie erhalten Schutz auf Zeit. Wer das heilige Asylrecht missbraucht, wird abgeschoben. Die Grenzen werden streng kontrolliert, damit Schlepper gar nicht ins Land kommen.' Below this, a section titled 'Die FPÖ bringt:' lists several points: '• Strenge Grenzkontrollen gegen Schlepper und Kriminelle', '• Konsequentes Abschieben von Scheinasylanten', '• Echte Asylanten erhalten lediglich Schutz auf Zeit', '• Geregelte Unterbringung von Asylwerbern und schnelle Verfahren statt Geldleistungen', '• Keine Unterbringung von Asylwerbern gegen den Willen der Bürger', and '• Lösung der humanitären Probleme auf dem jeweiligen Kontinent'.

Abbildung 2: Screenshot FPÖ-Website „Wien wählt“

5.1.2 Bundespräsidenten-Wahlkampf

Im Gegensatz dazu liegt beim Bundespräsidenten-Wahlkampf kein ausdefiniertes Wahlprogramm vor. Dieser Unterschied lässt sich auf die repräsentative Funktion des Bundespräsidentenamts zurückführen. Dennoch wurden klare inhaltliche Ausrichtungen über Online-Medien, TV-Diskussionen und andere Auftritte vermittelt. Ein wiederkehrender Inhalt war das „neue Amtsverständnis des Bundespräsidenten“, welches Hofer vertrat (siehe Abb. 9).

Dieses zeigte sich zugespitzt in einer Fernsehdiskussion, als Hofer den Einwand der Moderatorin Ingrid Thurnher, sein dargelegtes Amtsverständnis sei nicht verfassungskonform, nicht nur abtut, sondern auch das tatsächliche Ausmaß seiner Missachtung des bisherigen Amtsverständnisses sowie ein autoritäres Amtsverständnis durchblicken lässt: „Sie werden sich wundern, was alles gehen wird“ (vgl. Lim 2016). Dies löste angesichts der Außerkraftsetzung demokratischer Einrichtungen und Prinzipien in der Vergangenheit Österreichs und der dramatischen Folgen – während des Austrofaschismus 1933- 1938 und Nationalsozialismus – Empören aus.

In seinen Wahlkampfauftritten inszenierte sich Hofer paternalistisch als „Schutzherr für Österreich“ bzw. „Schutzherr für euch“, der in seiner Funktion als Bundespräsident auf Österreich „aufpassen“, gegebenenfalls streng agieren und die Regierung entlassen werde, sollte diese entgegen den Willen des „österreichischen Volks“ handeln. Darin zeigt sich eine ausgeprägte Bezugnahme auf das „österreichische Volk“, von dem – so war es mehrfach auf den Wahlplakaten zu lesen – das Recht ausgehe (siehe 5.4.). Weitere Themen waren u.a. direkte Demokratie, Stolz und Liebe für Österreich, das Verhältnis zwischen Österreich und der EU, das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP), Hofers Gehbehinderung und Asylpolitik. Außerdem äußerte Hofer Ablehnung gegenüber Gender-Mainstreaming, Gleichstellungs- und Adoptionsrechten für gleichgeschlechtliche Paare und dem geltenden Abtreibungsrecht.

5.2 Wir und die anderen

Wir-die Anderen-Differenzierungen gehören zum Standardrepertoire rechtspopulistischer Rhetorik (vgl. Wodak/Köhler 2011: 37; Ötsch 2000: 15-20). Diese basieren u. a. auf (musterhaften) Zuschreibungen von bestimmten Eigenschaften und Handlungen zu verschiedenen Personengruppen (Nomination und Prädikation). Im Untersuchungsmaterial lässt sich auf der einen Seite eine unspezifische, aber häufige „wir“-Verwendung beobachten. Auf der anderen Seite werden „die anderen“ seltener explizit durch das Pronomen *sie* repräsentiert – es sind komplexere sprachliche Mittel, die „die anderen“, wie die politische Elite oder Fremde, konstruieren.

Beim Wahlplakat (Abb. 3) „Wählt so wie IHR denkt weil WIR EURE Sorgen ernst nehmen“ fällt zunächst die typographische Aufbereitung auf: *ihr*, *wir* und *eure* sind in großen Lettern geschrieben und somit hervorgehoben. Die Pronomen beziehen sich auf die Wähler_innen (*ihr*, *eure*) und die FPÖ (*wir*). Die vertraute Anrede (*ihr*, *eure*) signalisiert ein Näheverhältnis zwischen den Wähler_innen und der FPÖ. Die Wahlentscheidung der Wähler_innen soll – so der Appell – auf einem kognitiven Prozess beruhen (denken) und stellt die Schlussfolgerung der Argumentation dar. Darauf folgt der durch eine kausale Konjunktion eingeleitete Nebensatz „weil wir eure Sorgen ernst nehmen“ als Begründung bzw. Argument. Der Zusammenhang zwischen dem Sorgenernstnehmen und dem Denken der Wähler_innen sowie deren Entscheidung (Schlussregel) ist allerdings nicht enthalten und muss daher erschlossen werden. Dabei handelt es sich um einen Trugschluss, da sich die verbalisierten Elemente der Argumentation (Schlussfolgerung und Argument) nicht logisch miteinander verbinden lassen. Damit die Botschaft verstanden werden kann, müsste die folgende implizite Schlussregel zur Anwendung kommen: Wenn eine Partei die Sorgen ernst nimmt, dann muss man diese wählen. Dies setzt allerdings die Schlussfolgerung voraus: „Wählt die FPÖ/uns“. Übertragen auf die

sprachlich realisierte Form „Wählt so, wie ihr denkt“ setzt dies wiederum voraus, dass die Wähler_innen ohnehin bereits und ausschließlich an/wie die FPÖ denken. Ferner konstruiert der Appell ein Spannungsfeld zwischen dem, wie die Wähler_innen bisher wählten bzw. wählen mussten und der Möglichkeit, so zu wählen, wie sie denken (der trugschlüssigen Schlussregel zufolge die FPÖ).



Abbildung 3: FPÖ Wien Wahlplakat

Österreicher_innen bzw. Wiener_innen werden als homogene Gruppe konstruiert (siehe 5.3): „Wir sind gastfreundlich, wir haben ein großes Herz, wir Wiener, aber wir wollen nicht, dass unsere Gastfreundschaft missbraucht wird“ (W-RST). Die FPÖ gibt vor, die Positionen der Österreicher_innen zu vertreten: „da haben wir eine Verantwortung für unsere Menschen, [...] wir müssen doch schauen, dass wir unsere Menschen wieder eine Perspektive bekommen [sic!]“ (W-ORF-WH). Die imaginierte Gruppe der Österreicher_innen/Wiener_innen wird oft den politischen Gegner_innen gegenübergestellt (s. u.): „der Bürgermeister Häupl [...] verhöhnt ja die Menschen, [...] verhöhnt [...] weiter die Bürger in dieser Stadt“ (W-RST).

Wenn Strache in seiner Rede über die SPÖ/Grünen spricht, verwendet er häufig „die/diese Herrschaften“, womit er auf deren Machtposition bzw. Regierungsgewalt verweist. Hofer spricht in Fernsehdiskussionen Van der Bellen öfters mit „Herr Doktor“ an. Dies geht mit der Unterstellung, Van der Bellen sei elitär und somit nicht bürger_innennah (s. u.) einher. FPÖ-Politiker_innen wie Strache greifen auf Passivierungen, Nominalisierungen und andere unpersönliche Konstruktionen zurück, wodurch die Akteur_innen nicht genannt werden: „Wir haben erlebt, auf bundespolitischer Ebene, seit !JAH!ren negativste Entwicklungen“ (W-RST). Wie auch im letzten Beispiel sind die beschriebenen Eigenschaften und Handlungen durchwegs negativ wie „die höchste Staatsverschuldung in der Geschichte der Zweiten Republik“ (W-RST). Das folgende Beispiel enthält ebenfalls Nominalisierungen und Passivierungen, um auf die politischen Gegner_innen zu verweisen: „Ein Versagen an allen Ecken und Enden und ja,

ein Management per Chaos, was da in Wahrheit gelebt wird und wir wissen heute gar nicht, wie viele man ins Land gelassen hat“ (W-RST). Dem gegenüber steht häufig ein unspezifisches *wir*, das zumindest die/den Sprecher_in und das anwesende Publikum miteinschließt: „Stehen wir, und das ist mir [...] ganz wichtig, zu unserem Land, zu unserer Kultur, zu unseren Werten“ (BP-RST).

Komplementär zur Herabsetzung und Abwertung der politischen Kontrahent_innen ist die positive Selbstdarstellung. Diesem Schema folgend prangert Strache immer wieder vermeintliche Missstände in der Stadt an, während er sich selbst als adäquater Bürgermeister und seine Mitredner_innen als einzig wählbare Lösungen präsentiert, die für Sicherheit und Ordnung sorgen können. So wie Gudenus Häupl für sämtliche Probleme in der Stadt verantwortlich sieht, schreibt auch Strache pauschal den verantwortlichen Politiker_innen Versagen zu: „auch in der Frage des völligen Scheiterns der letzten Monate im Bereich der modernen Völkerwanderung nach Europa sieht man auch, wie alle Verantwortungsträger unserer Republik völlig völlig unverantwortlich sich verhalten haben“ (W-RST). Im unmoderierten ATV-Duell mit Van der Bellen bedient sich Hofer einer ähnlichen Strategie, indem er sich selbst in einem guten Licht inszeniert und Van der Bellen und dessen angeblichen Freunden negative Eigenschaften und Handlungen zuschreibt: „Dass ich immer einer sein werde, der auf Österreich schaut. Und das werden Sie nicht sein. Sie werden Ihren Freunden verpflichtet sein, dem Herrn Juncker, dem Herrn Schulz, auch dieser Hautevolee“ (BP-ATV-D). Hier kommt die Unterstellung zum Tragen, dass Van der Bellen elitär sei und sich nur einer elitären Gesellschaftsschicht verpflichtet fühle. Dem gegenüber steht die Inszenierung Hofers als dem „Volk“ zugehörig und dessen Beschützer (vgl. Wodak 2017).

Dichotomisierungen beziehen sich nicht nur auf die politischen Gegner_innen, sondern auch auf andere Personengruppen, die durch die Zuschreibung (negativer) Eigenschaften und Handlungen als „andere“ konstruiert werden. Wenn es um finanzielle Ressourcen, Verteilung von Sozialförderungen und Kosten (bezüglich Migrant_innen, Geflüchtete) geht, erfolgt häufig eine Gruppenbildung und Gegenüberstellung anständiger/unanständiger sowie de/legitimierter Menschen:

Es gibt leider die zweite Seite der Medaille, was wir nicht wollen, sind jene, die zu uns kommen und sagen: „ich will mich nicht integrieren, ich bin nicht bereit, Deutsch zu lernen, ich bin nicht bereit, zu arbeiten und mich zu integrieren, ich bin nicht bereit, zu arbeiten und Steuern zu zahlen, sondern ich will das Sozialsystem missbrauchen“ oder sich am Ende gar nicht an unsere Gesetze halten oder hier als radikal-islamistischer Hassprediger unterwegs sind. Dieser zweiten Gruppe will ich die Tür hinaus aus Österreich zeigen, liebe Freunde, das ist die notwendige Differenzierung in unserer Gesellschaft.

(W-RST)

Strache verfolgt hier nicht nur eine Einteilung in zwei Gruppen, sondern baut auch einen starken Kontrast zwischen ihnen auf und greift auf eine Essentialisierung und kategoriale Zuordnung zurück: entweder man entspreche ganz den Kriterien oder man sei nicht bereit, sich zu integrieren. Er zitiert dabei eine imaginierte, fremde Stimme („ich will mich nicht integrieren [...]“), um die (angeblichen) Absichten der zweiten, ablehnenswerten Gruppe zu verdeutlichen. Der Einsatz einer pseudo-direkten Rede dieser Art entspricht einem Strohmännchen-Argument (s. o.).

Des Weiteren werden Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt, wobei gleichzeitig die Strategien der Marginalisierung und Polarisierung zur Anwendung kommen. So werden im nächsten Auszug Geflüchtete und Homosexuelle den „wirklich armen Leute[n]“ gegenübergestellt. Diese werden als Opfer und legitimer konstruiert:

Jetzt haben wir Flüchtlingskosten von zwei Milliarden Euro in Österreich. [...] Während das Pflegegeld nicht erhöht wird beispielsweise. [...] Oder fragen Sie mal, wer sind denn die wirklich armen Leute in Österreich? Das sind vor allem alleinerziehende Frauen [...], aber auch Männer, die Unterhalt zahlen. Sie sprechen immer nur von der Homo-Ehe. Ja, Homo-Ehe hin. Bei jeder Diskussion gibts die Homo-Ehe. Aber keiner spricht über die Menschen, die in Österreich eine normale Ehe führen, eine Ehe führen oder über die Geschiedenen.

(BP-ATV-D)

In Bezug auf Langzeitarbeitslosigkeit trennt Strache zwischen Langzeitarbeitslosen, für die er sich eine entlohnte Freiwilligenarbeit vorstellt und jenen, die dieses Angebot ausschlagen. Letzteren droht er Sanktionen an und schreibt ihnen weitere negative Eigenschaften und unlauteres Verhalten zu (W-RST). Zuletzt stellt er Langzeitarbeitslosen noch einen hart arbeitenden Vollzeitbeschäftigten gegenüber, dem er eine Opferrolle zuweist (Topos der Anständigen bzw. der Anständigkeit und Ehrenhaftigkeit; Reisingl 2002: 189). Außerdem stellt Strache Flüchtlinge Pflegebedürftigen und Pensionisten gegenüber, wobei er ausschließlich die letzten beiden als anspruchsberechtigt sieht (W-RST). Auch Hofer bezieht sich im Bundeswahlkampf auf die Mindestsicherung, deren Missbrauch er unterstellt (Missbrauchstopos): „sie waren niemals entwickelt dafür, dass Menschen aus Afghanistan, Syrien, Marokko nach Österreich kommen und hier Mindestsicherung kassieren, weil genau diese Mindestsicherung ist ja ein Grund, [...] warum diese Menschen viele sichere Länder durchqueren, nur um nach Österreich, Deutschland und Schweden zu kommen. Es geht um finanzielle Aspekte“ (BP-RST).¹¹ Neben Geflüchteten werden Muslim_innen häufig als „andere“ konstruiert (vgl. Forchtner/Krzyżanowski/Wodak 2013; Rosenberger/Hadj-Abdou 2013), etwa wenn Hofer Muslim_innen bzw. den Islam (kontrafaktisch¹²) nicht als Teil Österreichs definiert und sie „unserer Kultur, [...] unseren Werten“ (Topos der Kultur) gegenüber stellt:

Stehen wir, und das ist mir [...] ganz wichtig, zu unserem Land, zu unserer Kultur, zu unseren Werten. Ich habe Freunde, die Muslime sind (3.0), aber ich habe auch ihnen ganz offen gesagt, weil ich immer die Wahrheit sage, [...] habe ich diesen Freunden gesagt, die Muslime sind, ihr müsst wissen, es ist meine Meinung, der Islam ist kein Teil von Österreich, der Islam ist kein Teil von Österreich.

(BP-RST)

¹¹ Die negative Rahmung und die Gleichsetzung von Asyl und Migration stellen Wodak/Köhler (2010: 35) übrigens bereits für den Wienwahlkampf 2010 fest.

¹² Der Islam ist seit 1912 eine anerkannte Religion in Österreich (vgl. IGGÖ s. a.).

5.3 Symbole eines (nativistischen) Nationalismus

5.3.1 Fahnen, Berge und Hymnen

In den Werbematerialien und Wahlkampfveranstaltungen kommen häufig nationale Symbole zum Einsatz, wie rot-weiß-rote Fahnen, Landschaften, „Heimat“ und (eigene) Hymnen. Grundsätzlich entsprechen diese Motive auch jenen des sog. „banalen Nationalismus“, die in ihrer kontinuierlichen Präsenz tagtäglich auf die Nation hinweisen (vgl. Billig 1995: 6). Jedoch übersteigen die Frequenz und Präsenz, in der diese Symbole in den untersuchten Wahlkämpfen im Hintergrund und Vordergrund eingesetzt werden, jene des banalen Nationalismus: „The metonymic image of banal nationalism is not a flag which is being consciously waved with fervent passion; it is the flag hanging unnoticed on the public building“ (Billig 1995: 8). Der bewusste Einsatz von Symbolen, die sonst den banalen bzw. alltäglichen Nationalismus charakterisieren, macht diesen zu einem salienten, oder betonten Nationalismus. Die Fahnen zählen nicht nur zum Repertoire der FPÖ-Politiker_innen bei öffentlichen Auftritten, sondern werden auch an die Besucher_innen ausgeteilt und von ihnen geschwungen (Abb. 8).



Abbildung 4: „Deine Heimat braucht dich jetzt“

Der Hintergrund im Plakat in Abbildung 4 setzt sich aus rot-weiß-roten Flächen, die eine österreichische Fahne andeuten, zusammen und exemplifiziert die Aktivierung von Elementen eines banalen Nationalismus. Dazu zählt neben Fahnen eben auch der „Heimat“-Begriff. Auf die Phrase „Aufstehen für Österreich“ folgt ein durch Anführungszeichen markiertes Zitat „DEINE HEIMAT braucht DICH JETZT“. Rechts neben der Schrift und vor dem Fahnenhintergrund ist Norbert Hofer abgebildet, der – aus seiner Sicht – nach rechts oben blickt. Die genaue Lesart des Plakats ist allerdings ungewiss: Soll der im Infinitiv gehaltene Appell, für Österreich aufzustehen, zu einem allgemeinen Aktivismus auffordern oder im Konkreten den_die Adressat_in dazu motivieren, Norbert Hofer zu wählen? Impliziert ist jedenfalls, dass die „Heimat“, Österreich, in Not sei bzw. Hilfe brauche. Norbert Hofer zu wählen würde entsprechend dazu beitragen, die „Heimat“ zu beschützen. Damit wird dem direkt adressierten Publikum („deine“, „dich“) suggeriert, etwas Konkretes beitragen zu können. Das Appellieren an einen patriotischen Aktivismus reiht sich in den allgemein präsenten Patriotismus in beiden Wahlkämpfen ein.

Als Hausband der FPÖ begleitete die „John Otti Band“ die Wahlkämpfe und öffentlichen Wahlkampfveranstaltungen musikalisch und nahm das Wahlkampflied „Immer wieder

Österreich“¹³ auf, welches textlich angepasst auch für die Bundespräsidentenwahl verwendet wurde. Das Lied handelt vom bekennend-patriotischen Verhältnis des lyrischen Ich zu seiner „Heimat“ Österreich. Mit den Toponymen „Österreich“ und „Wien“ erfolgen sowohl nationale als auch lokale Heimatbezüge. Die Adressierung der Stadt Wien erinnert an ein Minnelied: „Und i steh voi auf unsa Wien“. Die umgangssprachliche und dialektal artikuliert Phrase „auf jemanden stehen“ bringt die amourösen Gefühle des lyrischen Ich gegenüber der Stadt Wien zum Ausdruck. Mit Strophen wie „Du bleibst in meim Herzen drin für immer und ewig“ beschreibt das lyrische Ich sein Liebesverhältnis zu Wien und – etwas unbestimmter – zum „Land“, auf das sogar ein Schwur geleistet wird: „Drum reicht euch jetzt wie ollabeste Freunde die Hand und schwört und schwört auf euer Land“. Das lyrische Ich geht über seine individuelle Liebesbekundung hinaus, indem es das Publikum aufruft, sich demonstrativ der Gemeinschaft anzuschließen.

Im Text finden sich zahlreiche körperbezogene Referenzen bzw. Metaphern, die einer nativistischen Körperpolitik bzw. *body politics* (vgl. Musolff 2012; Wodak 2016: 89-96) entsprechen. Im Lied werden diese Metaphern verwendet, um beispielsweise Wien respektive Österreich im Herzen des lyrischen Ich („Du bleibst in meim Herzen drin“) oder der Rezipient_innen („Die Hauptsoch is in deinem Herz schlogt unsa Österreich“) zu verorten. Für den Bundespräsidentenwahlkampf wurden einige Zeilen inhaltlich angepasst: „Mein Herz, des schlägt für rot-weiß-rot. Ich bin ein echter Patriot, es macht mich frei, das gibt mir Kraft. In dir geboren, in dir zu leben, das Gefühl ist unbeschreiblich schön. Des gibts ka zweits Moi auf da Wöd. Des is des Anzige, des Anzige, des zöh.“ Auch hier kommt die Herzmetapher zum Einsatz („Mein Herz, des schlägt für rot-weiß-rot“). Zudem wird der im ursprünglichen Text bereits angelegte Patriotismus expliziert, indem sich das lyrische Ich als „echter Patriot“ bezeichnet. Es schwingt ein nativistisches Verständnis von Zugehörigkeit mit, da das entstehende „schöne“ Gefühl, „in dir geboren“ zu sein, zum zentralen Lebensinhalt erhoben wird („des Anzige, des zöh“). Die markanten Formulierungen „in dir geboren, in dir zu leben“ kombiniert mit der direkten Adressierung Österreichs („dir“), entsprechen einer Behältnis-Metapher für Österreich. Die damit erfolgte Personifizierung erzeugt allerdings eine semantische Dissonanz, da man zwar in ein Land, aber nicht in eine Person geboren werden kann.¹⁴

Das Begleitvideo „Immer wieder Österreich - Flagge zeigen 2016“ enthält ebenso – wie bereits der Titel signalisiert – zahlreiche einschlägige Motive des banalen bzw. salienten

¹³ Der Liedtext und eine Textversion in Standarddeutsch können unter nationale-identitaet-2015.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_identitaet2015/Liedtext_Rechtspopulismus_Revisited.pdf abgerufen werden; siehe auch derStandard (2015).

¹⁴ Elemente wie die Personifizierung Österreichs, der nativistische Zugang und die pathetische Beziehung zu Österreich haben Vorläufer in der österreichischen Populärmusik, wie in Rainhard Fendrichs „I am from Austria“ (z. B.: „i bin dei Apfel, du mein Stamm“; vgl. Fendrich s.a). Dieses Lied wurde immer wieder bei FPÖ-Wahlkampfveranstaltungen von der John Otti Band gesungen. Fendrich wehrte sich dagegen und stellte das Lied *Van der Bellen* für Wahlkampfzwecke zur Verfügung (vgl. Meister 2016). Die direkte Ansprache, der Treueschwur und die Liebe zu Österreich finden sich ebenso in der österreichischen Bundeshymne („Vaterland, dir Treue schwören, vielgeliebtes Österreich“). Siehe Rheindorf/Wodak (im Erscheinen) zu weiteren Parallelen zwischen dem FPÖ-Lied und der österreichischen Bundeshymne.

Nationalismus (siehe Abb. 5-8). Das Bildmaterial greift nicht nur gängige Nationalismus-Symbolik auf, sondern vermittelt auch, was die FPÖ unter „Heimat“ und Österreicher_innen versteht. Dazu zählen u.a. ländliche Strukturen und Landwirtschaft, heteronormative Familien und ausschließlich weiße Menschen. Die gezeigten Personen konstruieren ein homogenes weißes Österreicher_innentum oder zeigen Zugehörigkeit zur FPÖ. Die FPÖ-Politiker_innen werden ausschließlich bei heimatbezogenen Handlungen gezeigt (Bergsteigen, Fahنشwenken). Bemerkenswert ist die Bezugnahme auf den „Akademiker“- bzw. FPÖ-Ball, da er durch die Aufnahme in die Reihe heimatbezogener Handlungen auch als essentieller Teil Österreichs präsentiert wird. Markant ist zudem, dass Hofer – wie beim Balleinzug (Abb. 7) ersichtlich ist – eine schwarz-rot-goldene Schleife und somit die Farben der deutschen Flagge trägt.



Abbildung 5: Videoausschnitt Feld



Abbildung 6: Videoausschnitt Gipfelkreuz



Abbildung 7: Videoausschnitt WKR-Ball

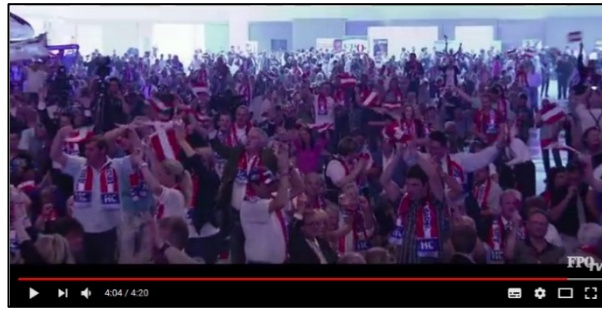


Abbildung 8: Videoausschnitt Publikum mit Fahnen

Im Gegensatz zur eigenen Hymne lehnt die FPÖ die gesetzliche Version der Bundeshymne, die „Heimat großer Töchter und Söhne“ enthält, als „Blödheit“ ab:

Wo kommen wir hin, wenn die Sorgen und Nöte der Menschen nirgendwo ernst genommen wird, wenn man sich aller möglichen Orchideenthemen annimmt wie in Wien? Geld ausgibt für die Ampelpärchen? [...] Oder die Bundeshymne, die österreichische, verhunzt wird, weil Rot, Schwarz, Grün und Neos sich einbilden, das würde irgendeiner Frau weiterhelfen in der Gesellschaft. Das ist ja ein Unsinn, wir singen die traditionelle und historische im Fußballstadion, wenn die Nationalmannschaft einläuft und lassen uns solche Blödheiten von den anderen Parteien auch nicht gefallen und das ist gut so. Die sollten sich lieber der Probleme und Sorgen der Menschen annehmen und wirkliche Ungleichbehandlungen in der Gesellschaft endlich abstellen.
(W-RST)

Initiativen wie die neue Fassung der Bundeshymne werden von Strache als „Orchideenthemen“ abgetan (Gegenteil des Nutzenstopos; Wodak 2016: 69). Politiker_innen sollten sich realpolitischer Inhalte annehmen, die – so Strache – auch den Problemen und Sorgen der Menschen entsprechen. Im Kontrast dazu behauptet Strache trotzig, dass ein nicht näher definiertes *wir* die „traditionelle und historische“ Fassung bei Fußballspielen der Nationalmannschaft singe. Er stützt sich auf ein ästhetisches Argument („verhunzt“) und verfolgt eine bewahrende Strategie („traditionell“, „historisch“). Er verweist damit auf die Argumentation, dass die Bundeshymne als Symbol der Nation bewahrt und somit unverändert bleiben müsse. Nicht nur der Bezug zur Bundeshymne, sondern auch zur Nationalmannschaft deutet auf einen salienten Nationalismus hin.

5.3.2 Körpermetaphern und nationaler Körper

Wie oben beschrieben, bedienen sich Freiheitliche Politiker_innen und Unterstützer_innen körper- und raumbezogener Metaphern, die als Vergleich für Österreich dienen oder das Verhältnis des „Volks“ zu Österreich ausdrücken. Gudenus greift bei seiner Rede am Stephansplatz auf die Körpermetapher des Herzens bzw. Herzschlages zurück:

und wenn ich hier das Läuten der Glocke vernehme, in unserem Wiener Wahrzeichen, dem Stephansdom [...] und der Klang dieser Glocke ist ja auch ein Symbol, ein Symbol für das christliche Abendland und wir wollen genau diesen Charakter und die Identität unserer Heimat erhalten, ja, dafür kämpfen wir gemeinsam, liebe Freunde. Und es ist ja auch dieser Glockenklang in Wirklichkeit der Herzschlag unserer Kultur, dieser Glockenklang ist der Herzschlag der Menschen in Wien, in Österreich, in Europa [...]. Es gibt leider aber Gruppierungen, die wollen, dass dieses kulturelle Herz stehen bleibt, dagegen wehren wir uns Freiheitliche mit den Bürgern gemeinsam.

(W-RST)

Die Glocke des Stephansdoms wird mit dem Herzen und der Glockenklang mit dem „Herzschlag unserer Kultur“ und „dieser Menschen“ verglichen. Nachdem Gudenus dieses Bild etabliert hat, geht er auf dessen Bedrohung durch „Gruppierungen, die wollen, dass dieses kulturelle Herz stehen bleibt“ über. Er beschreibt eine vage Gefahr, die von einem nicht näher bestimmten Kollektiv ausgehe (Gefahrentopos). Gegen diese Gefahr wolle die FPÖ „mit den Bürgern gemeinsam“ kämpfen, um den „gesunde[n], regelmäßige[n] Herzschlag“ zu erhalten. In der Wahlkampfveranstaltung im April 2016 wird der Stephansplatz ebenfalls als symbolischer Ort inszeniert: Als die Glocken zu läuten beginnen, legt Strache eine Schweigeminute „für verfolgte Christen“ ein.

Neben der körperbezogenen Metapher des Stephansdoms und dessen Glockenklang zählen auch Haus- bzw. Zaunmetaphern zum Repertoire der FPÖ, um Vergleiche mit Österreich anzustellen. So greift Strache wiederholt auf diese Metapher zurück, um seine Grenzpolitik zu legitimieren: „jedes Haus hat einen Gartenzaun und Sie würden auch den Gartenzaun nicht einreißen, damit jeder Unbefugte auf das Grundstück kommt und Sie würden auch nicht Ihre Fenster und Türen aushängen, damit a jeder Fremde in Ihr Haus oder in die Wohnung kommt“ (W-ORF-WH). Er appelliert damit an die Vernunft des Publikums und stellt das absichtliche Entfernen der Fenster und Türen des eigenen Hauses als absurd dar.¹⁵

5.4 Demokratie und behauptete Ausgrenzung

In beiden Wahlkämpfen zeigte sich eine Fokussierung der FPÖ auf das Thema Demokratie. Das umfasst nicht nur das Berufen auf tatsächliche und vermeintliche demokratische Werte, sondern auch deren Einforderung. Häufig wird den politischen Gegner_innen ein undemokratisches Verhalten zugeschrieben und eine systematische Ausgrenzung der FPÖ unterstellt (Opferkonstruktion). Die Vorwürfe reichen so weit, dass die FPÖ von der Missachtung der Wahlergebnisse durch die Konkurrent_innen ausgeht. Paradoxerweise beruft sich Strache im Juni 2016 bezüglich der Wahlanfechtung auf das „heilige demokratische Wahlrecht“ (vgl. derStandard 2016a).

¹⁵ Im Rahmen der Nationalratswahlen 2017 gab es drei Wahlkampfvideos, die auf die Hausmetapher aufbauen. Das Haus steht dabei für Österreich, die verheirateten Hausbewohner_innen repräsentieren die Österreicher_innen und die ungeladenen Gäste sollen Geflüchtete darstellen, die durch die unversperrte Haustüre Zutritt zum Haus erlangten und sich im Erdgeschoss des Hauses ausbreiten (siehe FPÖ TV 2017).



Abbildung 9: „Das RECHT geht vom VOLK aus“

In diesem Zusammenhang spielt auch das „Volk“ eine zentrale Rolle, wie es auf einem Wahlkampfplakat von Norbert Hofer mit dem Spruch „Das RECHT geht vom VOLK aus“ (Abb. 9) exemplifiziert wird. Dabei beruft er sich auf das legislativ geregelte Prinzip, welches in der österreichischen Verfassung verankert ist: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus“ (B-VG, Art. 1). Offen bleibt, ob dieser Satz bei Hofer als Feststellung, Erinnerung oder Forderung zu verstehen ist. Unter dieser Formulierung steht „Ein neues Amtsverständnis Norbert Hofer Bundespräsident“. Nachdem nicht erläutert wird, wie das Verhältnis zwischen der Aussage („Das RECHT geht vom VOLK aus“) und seinem „neuen“ Amtsverständnis aussieht, lässt dies nur Spekulationen zu – jedenfalls aber deutet es eine Veränderung an. Eine mögliche Lesart ist, dass er dafür Sorge tragen möchte, dass das geltende Prinzip, dass das Recht vom „Volke“ ausgehe, eingehalten werde. Im unmoderierten Gespräch mit Van der Bellen rekurriert er ebenfalls auf diese Floskel: „Das Recht geht vom Volke aus. Damit meine ich [...] äh, dass es sich die Österreicher nicht gefallen lassen müssen, dass ein Herr Juncker und andere aus dem Ausland auch uns vorschreiben wollen, wen wir zu wählen haben“ (BP-ATV-D). Darin ist die Behauptung enthalten, Österreich werde fremdbestimmt, was Hofer als Widerspruch zum Prinzip „Das Recht geht vom Volke aus“ sieht. Jedenfalls bezieht er sich dabei auf den Topos der demokratischen Mitbestimmung, die dem Prinzip folgt: „Wenn ich/wir die Macht haben, dann wird das Volk demokratisch mitbestimmen“ (Wodak 2016: 69), was einer typischen (rechts)populistischen Strategie entspricht (vgl. Rheindorf/Wodak im Erscheinen; Reisigl 2002). Auch Gudenus bezieht sich in seiner Rede mittels der Parole „Wir sind das Volk“ darauf. Dieser historisch aufgeladene Ausruf wird seit 2014 vor allem von PEGIDA („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) und anderen fremdenfeindlichen Gruppierungen skandiert.

Das Thema Demokratie wurde auch bei der Wien-Wahl bedient: Gudenus kündigt den Wahltag als Oktoberrevolution an: „Unsere friedliche, demokratische Oktoberrevolution findet statt am elften Oktober“ (W-RST). Interessant ist hierbei der intertextuelle Verweis auf die Oktoberrevolution 1917, als die Bolschewiken gewaltsam die Macht ergriffen. Allerdings erfolgen keine weiteren historischen Verweise darauf – die Verwendung des Begriffs kam vermutlich angesichts des Wahltermins im Oktober gelegen und sollte den in Ausblick gestellten Wandel betonen. Die Ankündigung einer „Revolution“ geht auf den Topos der

Befreiung bzw. Erlösung der „kleinen Leute“ zurück (vgl. Reisingl 2002: 188). Bemerkenswert ist die Appropriation dieses Begriffs, der üblicherweise ideologisch „links“ verankert ist.¹⁶

Im Bundespräsidentenwahlkampf unterstellt Strache Van der Bellen eine undemokratische Einstellung: „wir brauchen keinen grünen Diktator, der sich über demokratische Wahlen und demokratische Wahlergebnisse glaubt hinwegsetzen zu können“ (BP-RST). Er spielt auf eine Aussage Van der Bellens an, der sein Unbehagen äußerte, die FPÖ als Regierungspartei anzugeloben. Auch Hofer bezeichnete bei einer Wahlkampfveranstaltung Van der Bellen als „grünen Diktator“ (derStandard 2016b). Im Wienwahlkampf nimmt Strache auf die anwesenden Demonstrant_innen am Stephansplatz Bezug, deren Störung er als undemokratisches Verhalten auslegt: „Es würde uns ja nie im Traum einfallen, eine Veranstaltung der politischen Mitbewerber zu stören, was ist denn das für eine demokratiepolitische Einstellung? [...] Alle Mitbewerber, auch in Wien im Zuge des Wahlkampfs, ob jetzt die SPÖ, ob die Grünen, oder Neos, [...], alle haben sich gegen den HC Strache und die FPÖ eingehängt. Sie sind nur !GE!gen Strache, gegen die FPÖ“ (W-RST). Strache solidarisiert sich mit den vermeintlich von den politischen Gegner_innen verfolgten Wählerinnen, indem er eine ähnliche Situation zwischen ihnen und sich selbst/der Partei aufzeigt. Hier kommt auch das bereits bekannte Muster der gezielten kollektiven Ausgrenzung der FPÖ zur Anwendung. Strache greift dies zu einem späteren Zeitpunkt auf und führt die Abneigung von Vassilakou ad absurdum: „i mein, die Frau Vassilakou mit ihrer ganzen Aggressivität gegen meine Person, da war ja richtig der Schaum vor dem Mund sichtbar, na? [...] Aber zu Recht habe ich ihr gesagt, wer so eine Aggressivität gegenüber meiner Person lebt, der zeigt ja auch eine gewisse Form an Zuneigung, na?“ (W-RST). Maria Vassilakou wird „Aggressivität“ und „Schaum vor dem Mund“ zugeschrieben, was an eine an Tollwut erkrankte Person bzw. an ein Tier erinnert und eine stark abwertende Formulierung darstellt.

Strache echauffiert sich in seiner Rede über „die angeblich so toleranten Gutmenschen“. Diese möchten lediglich ihre Ideologie durchsetzen und geben sich intolerant:

und ich sage, so intolerant wie sich oftmals manche Andersdenkende verhalten haben, zeigt auf, dass sie die Intolerantesten dieser Gesellschaft sind. Jeder, der nicht ihre Meinung hat, wird verteufelt oder kriminalisiert. Die Herrschaften müssen einmal Demokratie lernen und am elften Oktober können wir diese Demokratie in Wien ermöglichen, wenn wir zur stärksten Kraft werden.
(W-RST)

Darin ist auch eine Form einer Umkehrstrategie zu erkennen, da es sich hierbei um einen Vorwurf handelt, der für gewöhnlich der FPÖ zugewiesen wird und Strache diesen nun den Gegner_innen vorhält. In Einklang mit der Inszenierung als Hüter_innen der Demokratie bedienen sich FPÖ-Politiker_innen häufig der rechtspopulistischen Topoi des Volkes, der demokratischen Mitbestimmung (s. o.) und des Topos von Recht und Ordnung (vgl. Wodak 2016: 69; Reisingl 2002: 191).

Ausgrenzung und Vorhaltungen sieht auch Hofer ausschließlich gegen sich gerichtet. Im ATV-Duell behauptet Hofer (H), dass nur seine Wahlplakate und nicht jene Van der Bellens (VdB)

¹⁶ Dies ist nicht das erste Mal, dass sich die FPÖ linker Symbolik bedient, wie die Inszenierung von Strache als Che Guevara („StraCHE“) vor einigen Jahren zeigte (vgl. Rice 2008).

zerstört würden. Er sieht sich selbst und seine Familie als Opfer von Agitationen der Wahlhelfer_innen van der Bellens:

- H: Ich habe in diesem Wahlkampf erlebt, dass meine Plakate zerstört worden sind. Ich habe jetzt erlebt vor einer/ wie ich gekommen bi, dass als wir reingekommen sind, meine Frau, meine Tochter und ich, dass von Ihren Wahlhelfern „Buh, Buh“ und „Pfui“ geschrien wurde. [...]
- VdB: Ein letzter Punkt vielleicht noch in diesem Zusammenhang, zerstörte Plakate, ja, das finde ich auch alles andere als gut. Niemand soll die Plakate des jeweils anderen stören, !ZER!stören, beschädigen, was auch immer. Auf auf allen Seiten. In jedem Wahlkampf gibts das, das wissen wir.=
- H: =Nja, aber nur bei unseren Plakaten.
- VdB: [Nein, nein, nein.]
- H: [Die grünen] Plakate sind nicht beschädigt.
- VdB: Ich hab meine eigenen mit Schmierereien gesehen. Auf einem ist „Jud“ draufgestanden, also/
- H: Ich hab keines gesehen.

(BP-ATV-D)

Außerdem wendet Hofer den Vorwurf der Politik der Angst an, um ein vermeintlich paradoxes Verhalten seiner politischen Gegner_innen aufzuzeigen: „ich hab den Eindruck gewonnen in diesem Wahlkampf, dass genau das passiert, was eigentlich die Grünen immer anprangern, nämlich diese Angstmache, ja. Also wenn der Hofer gewinnt, dann geht das Land unter und es wird alles ganz fürchterlich“ (BP-ATV-D).

5.5 Ausgrenzung, Normalisierung und Enttabuisierung

Auch Stenzel bezieht sich auf die behauptete Ausgrenzung der Wähler_innen und der FPÖ. Sie weist auf die (vermeintliche) Absurdität der Ausgrenzung von Strache und „der Menschen“ hin (Strohmann-Argumente), da Strache ja nur Löbliches und Legitimes einfordere: „Denn was tut er denn anderes, als die Probleme beim Namen nennen?“ Stenzel entkräftet antizipierte Vorwürfe des Populismus, indem sie zwei rhetorische Fragen einbaut und auf vermeintliche Fakten verweist:

Es ist ja nicht mehr zu glauben, dass in dieser letzten Phase des Wahlkampfes natürlich zu allen Mitteln gegriffen wird, dass man den Menschen Charakterlosigkeit vorwirft, wenn sie der Freiheitlichen Partei ihre Stimme geben. Nein, meine Damen und Herren, charakterlos ist es, dass man diese Menschen diffamiert, dass man die Freiheitliche Partei ausgrenzt, dass man HC Strache nicht zum Bürgermeister Wiens machen möchte. Denn was tut er denn anderes, als die Probleme beim Namen nennen? Ist das populistisch, wenn ich darauf hinweise, dass tausende Menschen, acht bis zehn tausend pro Tag, auch heute noch, illegal unsere Grenzen überschreiten und nur ein kleiner Teil davon berechtigt ist, Asyl zu erhalten, in Wien? Ist das populistisch, dass man von den Regierungsverantwortlichen, von Faymann bis Häupl verlangt, dass sie ihre sicherheitspolitische Verantwortung wahrzunehmen haben?

(W-RST)

Auf eine Ausgrenzungsbehauptung vonseiten der FPÖ wird ebenfalls auf einem Wahlkampfplakat explizit Bezug genommen (Abb. 10). Mit der Formulierung „WIR grenzen

niemand aus. Schon gar nicht UNSERE WIENER“ wird nicht nur der potentielle Vorwurf der Ausgrenzung – ohne Anführung entsprechender Gegenargumente – entkräftet, sondern zugleich auch die Gegenposition gesichert, dass sie „Schon gar nicht UNSERE WIENER“ ausgrenzen. Hier erfolgt gleichzeitig das absolute Verneinen des Ausgrenzens („niemand“) und die positive Diskriminierung „unserer Wiener“ gegenüber einer implizierten aber unbestimmten anderen Gruppe. Stenzel bearbeitet ebenfalls dieses Thema in ihrer Rede, indem sie davon spricht, dass die FPÖ für alle Wiener_innen stehe: „dass wir alle Menschen in dieser Stadt vereinen wollen, wir wollen EINEN und nicht SPALTEN“. Stenzel spricht im nächsten Ausschnitt das Publikum bzw. die FPÖ-Wähler_innen direkt an, wobei nicht klar ist, an wen das (in der mündlichen Form) ambige Wort „sie“ als Ansprache gerichtet ist. Sie sichert ihnen zu, „nicht mehr ausgegrenzt [zu] werden“. Sie erweitert in ihrer Ansprache den Adressat_innenkreis, indem sie sich an potentielle FPÖ-Wähler_innen richtet und etwaige Einwände erwähnt, welche sie im Anschluss pauschal entkräftet:

Und (s)ie werden nicht mehr ausgegrenzt werden und jene Bürgerinnen und Bürger, die noch überlegen und zögern, ob sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren können, eine große Partei in dieser Stadt und in diesem Land zur Regierungsverantwortung in dieser Metropole zu bringen, denen kann ich nur sagen: Nein, Sie brauchen sich nicht schämen. Sie brauchen sich nicht genieren. Sie müssen nicht vor vorgehaltener Hand sagen, eigentlich wollte ich euch schon längst wählen, sie sollen es offen tun.

(W-RST)

Sie signalisiert, dass potentielle FPÖ-Wähler_innen keine Scham (mehr) empfinden müssen und verweist damit indirekt auf ein früheres Tabu bzw. Vorbehalte, die FPÖ zu wählen. Dies steht in Einklang mit ihrer gesamten Inszenierung im Wahlkampf, da sie selbst von der ÖVP zur FPÖ wechselte. Der angedeutete Prozess der Normalisierung der FPÖ zu einer bürgerlich-konservativen Partei und Enttabuisierung geht hier mit dem Verhandeln von Sagbarkeitsbedingungen (FPÖ-Wählen und Bekennen dazu) einher.



Abbildung 10: „Wir grenzen niemand aus“

Bei der Abschlusskundgebung des Bundespräsidentenwahlkampfes kritisiert Strache Van der Bellens Heimat-Kampagne, da die Grünen vormals diese Themen (Patriotismus, Heimat/liebe) skandalisiert hätten. Außerdem seien Befürworter_innen dafür diffamiert worden: „Liebe Freunde, der Van der Bellen, der auf seinen Plakaten plötzlich die Heimatliebe entdeckt hat, ja,

auch der ist ein besonderes Beispiel, na? [...] Dass Patriotismus ein Verbrechen ist, na? Und wer von Heimatliebe spricht oder Heimat plakatiert, der wird ja oftmals von den Grünen sofort in irgendein Eckerl hineingestellt und diffamiert, liebe Freunde“ (BP-RST). In diesem Ausschnitt versucht Strache, Heimat/liebe als legitime Konzepte zu etablieren. Dass Befürworter_innen stigmatisiert würden, erscheint in dieser Konstruktion umso mehr als ungerechtfertigt, da nun auch Van der Bellen damit werbe. Strache bedient sich einer vagen Formulierung bzw. der markierten Verniedlichungsform „in irgendein Eckerl hineingestellt“. Möglicherweise meint er damit, „jemanden ins rechte Eck zu stellen“, was eine ungerechtfertigte Zuschreibung zu einem politisch-ideologischen Lager suggeriert.

5.6 Zurückweisen des Nationalsozialismusvorwurfs

In Bezug auf die Themen Nationalsozialismus, Holocaust, Antisemitismus und Rechtsextremismus lassen sich zumindest vier wiederkehrende Strategien in den beiden Wahlkämpfen beobachten.

5.6.1 Abstreiten von Nazi-Bezügen

Das schwierige Verhältnis der FPÖ zu nationalsozialistischem Gedankengut (vgl. Abschnitt 3; Engel/Wodak 2009; Januschek 1992; Manoschek 2002; Pollak 2015; Scharsach 1992; Stögner 2016; Wodak 2016) wurde und wird immer wieder in inter/nationalen Medien aufgegriffen und im Speziellen während des Bundespräsidentenwahlkampfes thematisiert. Eine konsistente und eindeutige Ablehnung des Nationalsozialismus bzw. von nationalsozialistischen Gesinnungen wird ebenfalls immer wieder durch gegenteilige Handlungen und einschlägige Aussagen von FPÖ-Funktionären konterkariert, wie erst kürzlich eine Veröffentlichung des Mauthausen Komitees (2017) oder die Teilnahme von Herbert Kickl am rechtsextremen Kongress „Verteidiger Europas“ 2016 (vgl. DÖW s. a. (b)) belegen.

Hofer vermeidet es, sich auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem Vorwurf einzulassen, indem er jegliche Verbindungen zum Nationalsozialismus mit Verweis auf sein Geburtsjahr zurückweist, wie beispielsweise bei einer Podiumsdiskussion mit José Manuel Barroso am 20.10.2016 (vgl. The Graduate Institute Geneva 2016). Als Barroso über die Flucht von Juden und Jüdinnen aus Österreich spricht, unterbricht ihn Hofer: „Don’t talk about the Second World War. [...] I was born in nineteen-seventy-one, what do you want? What do you want? And don’t don’t talk about concentration camps [...] Oh man, it’s always the same (verdreht die Augen)“.¹⁷ Interessant erscheint hier u.a., dass sich Hofer quasi reflexartig auf das Argument seines Geburtsjahres beruft, obwohl sich Barroso allgemein auf den Nationalsozialismus und auf aus Österreich geflüchtete Menschen wie Sigmund Freud bezog. Mit dieser trugschlüssigen Argumentation impliziert er, dass das Nationalsozialist_innen-Sein nur auf eine gewisse Altersgruppe beschränkt sei und infolgedessen später Geborene nicht dieses Gedankenguts bzw. derlei Verbindungen bezichtigt werden könnten. Auch im Interview mit Corinna Milborn meint Hofer, dass er müde sei, sich zu wiederholen: „da ist dieses ewige Gerede von rechtsextrem, ah das ist immer dasselbe vor einer Wahl. Da wird die Nazikeule

¹⁷ Ausschnitt zwischen Minute 54:41-55:08. Dazwischen spricht immer wieder Barroso, dessen Aussagen hier nicht wiedergegeben werden.

ausgepackt, aber die zieht nicht mehr“ (BP-Puls4-MH). Bemerkenswert ist, dass sich Hofer weder aufs Inhaltliche einlässt noch begründet, warum der Vorwurf nicht mehr legitim sei. Er fokussiert vielmehr auf die wiederholte Nutzung dieses Vorwurfs, der ob seiner Frequenz offenbar nicht mehr berechtigt sei. In Bezug auf die Herausgeberschaft des als rechtsextrem (vgl. Rheindorf/Wodak im Erscheinen) eingestuften Buchs „Für ein freies Österreich. Souveränität als Zukunftsmodell“ (Howanietz 2013) wendet Hofer ein, dass der Autor mit einer Jüdin verheiratet sei und deswegen der Rechtsextremismus-Vorwurf nicht greife. Dies entspricht dem bekannten Muster des Leugnungsversuchs (vgl. Wodak 2016: 32-38) unter Berufung auf eine Autorität, die alleinig dadurch gegeben ist, dass die Person jüdisch ist. Beinahe empört zeigt er sich auch, als Milborn in Hinblick auf mögliche Bezüge zum Nationalsozialismus nachfragt:

Welche Verbindung gibt es zwischen mir und dem Nationalsozialismus? Welche? Erklären Sie mir das. Ich bin Jahrgang einundsiebzig. Ah, mein Großvater, meine Eltern waren zu jung, ja. Der eine Großvater war Christdemokrat in der NS-Zeit. Also während Sie hier sitzen und großmächtig sprechen, mussten Sie in dieser Zeit nicht eine andere Haltung vertreten. Mein anderer Großvater war US-Amerikaner, hat mit dieser Zeit auch nichts zu tun. Also, ich frage mich, welche Verbindung wollen Sie bei mir herstellen?

(BP-Puls4-MH)

Dieser Auszug exemplifiziert im Übrigen auch Hofers häufig eingesetzte Strategie, von der Sachebene auf eine Beziehungs- bzw. persönliche Ebene mittels eines ad-hominem-Angriffs („während Sie hier sitzen und großmächtig sprechen“) zu wechseln.

5.6.2 Ausgrenzung der FPÖ durch die „Faschismuskeule“

Im Rahmen des Wiener Wahlkampfes bezieht sich Stenzel indirekt auf die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs, indem sie auf einen Diskurs über die Mitschuld Österreichs am Holocaust und eine Rede des damaliger Bundeskanzlers Franz Vranitzky verweist, der sich 1991 zur Mitschuld der Österreicher_innen bekannte. Es erfolgt eine Rekontextualisierung der sog. „Faschismuskeule“. Stenzel expliziert nicht, was sie damit meint, signalisiert allerdings, dass es sich dabei (zumindest) symbolisch um ein Instrument bzw. eine primitive Waffe handle, die der Abwehr von Gegner_innen und dem Machterhalt diene:

Und nur weil sich Rot-Grün an der Macht halten wollen, an die Macht klammern, haben sie seit den Zeiten Bundeskanzler Vranitzkys die Faschismuskeule aus dem Sack geholt, diese Keule ist aber verbraucht und stumpf geworden. ((Publikumsapplaus)) Weder Sie noch ich können des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit bezichtigt werden. Es ist auch nicht charakterlos, FPÖ zu wählen, eine große Bürgerpartei neuen Stils, mit einer großen sozialen Kompetenz.

(W-RST)

Stenzels Argumentation beruht auf der Behauptung bzw. Unterstellung, dass Vranitzky und später Rot-Grün den Vorwurf des Faschismus bzw. das Bekennen zur Mitschuld und Täter_innenschaft an nationalsozialistischen Verbrechen instrumentalisiert hätten, um an der Macht zu bleiben. Dieses Argument – die mittlerweile verbrauchte und stumpf gewordene „Faschismuskeule“ – sei allerdings nicht mehr wirksam. Stenzel führt fort, dass niemand der Anwesenden „des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit bezichtigt werden“ könne, beschreibt

aber nicht weiter, warum dies auszuschließen sei, aber auch nicht, warum der Vorwurf überhaupt erst erhoben wurde.

5.6.3 Vorwurf unklarer Verhältnisse zur NS-Zeit der politischen Gegner_innen

Einschlägige Arbeiten belegen in zahlreichen Fällen ausschließende, antisemitische und rassistische Aussagen von FPÖ-Funktionär_innen (vgl. Gärtner 2002; Engel/Wodak 2009; Scharsach 2017; Stögner 2016). Umso bemerkenswerter ist, dass einige FPÖ-Politiker_innen von ebendiesen Vorwürfen Gebrauch machen, um die gegnerischen Positionen zu delegitimieren, indem sie den politischen Gegner_innen unklare Verhältnisse zum Nationalsozialismus unterstellen. Darin zeigt sich eine Umkehr der Strategien (Vorwurfsumkehr), wie sie auch von den „Identitären“ verwendet werden (vgl. Bendl/Spitzmüller 2017; Lehner 2017). Dies steht auch in Einklang mit der Beobachtung, dass rechtspopulistische Parteien nicht mehr „offen rassistisch“ sind, sondern ihre Inhalte verdeckter vermitteln (vgl. Wodak 2013: 25; Stögner 2016: 485f.) und sich der Grenzen des Sagbaren bewusst sind. In einer OE24-Fernsehdiskussion provozierte Stenzel einen Skandal, indem sie Ungereimtheiten bezüglich der Familiengeschichte Van der Bellen behauptete und suggerierte, dass diese mit Nationalsozialisten „geliebäugelt“ hätten:¹⁸

Ich sehe die Glaubwürdigkeit eines Herrn Hofer nicht angekratzt, das hätten Sie gerne. Der Herr Van der Bellen hat hier viel mehr Probleme, angefangen von seiner (wirken) Familiengeschichte, die wie ein weißer Fleck ist, man weiß nicht genau, warum seine Eltern äh ausgewandert sind äh äh es gibt es gibt auch hier es gibt absolut auch äh zumindest Vermutungen, er hat es nie sehr offen gelegt, (unverständliche Passage)) dass seine Eltern waren Balten und hätten zumindest geliebäugelt mit mit den Nazis und er stellt das so dar, als ob sie geflohen wären vom Leninismus und Stalinismus, da das kann man schon hinterfragen.

(Wendl 2016)

In einer späteren Puls4-Diskussion wird Stenzel (St), die als Kommentatorin anwesend war, von den Moderator_innen (Mo) gebeten, zu dieser Provokation Stellung zu beziehen. Nach anfänglichem Ausweichen bekräftigt sie die Behauptung indirekt, indem sie auf dem Modus der getätigten Aussage im Konjunktiv II insistiert („könnte“) und sich nur bedingt davon distanziert:

Mo: Es geht [um den Vorwurf, noch einmal zusammengefasst, dass Sie gesagt haben, es]
St: [Also es geht/ Ich habe diesen Vorwurf so nicht erhoben] das

Mo: [ist / eine Vermutung]
St: [weiß auch Herr Van der Bellen.]

Mo: eine [Vermutung]
St: [Es ist eine Vermutung]

Mo: dass der Vater von Van der Bellen mit den Nazis geliebäugelt haben könnte=

St: =!KÖNNTE!

Ich habe das !NICHT! gesagt. Also ich habe ihn !NIE! in die Nähe so äh gebracht.

(BP-Puls4-MHV)

¹⁸ Die Diskussion ist nicht (mehr) online abrufbar – es gibt lediglich einen 48-sekündigen Ausschnitt, in dem Stenzel eben diese Aussagen tätigt (vgl. Wendl 2016).

Stenzel hält ihre Aussagen vage und betont, dass es sich um eine Vermutung handle, wodurch sie letztlich den Gedanken dennoch reproduziert. Stenzels Vorgehen entspricht der unter 2.2 besprochenen rechtspopulistischen Strategie der Provokation (vgl. Wodak 2016: 142).

5.6.4 Solidarisierung mit Israel und Warnung vor neuem Antisemitismus

Als komplementäre Strategie zum Zurückweisen der Antisemitismusvorwürfe (1) und zu den Umkehrstrategien (2 und 3) versucht sich die FPÖ hinsichtlich Antisemitismus (neu) zu positionieren, indem sie vor einem „neuen Antisemitismus“ in Europa warnt (der von Muslim_innen ausgehe) und auf das angeblich gute Verhältnis von FPÖ-Repräsentant_innen zu Israel verweist. So betont Hofer im BP-Wahlkampf mehrmals, dass er 2014 Israel besucht habe und – sollte er gewählt werden – sofort wieder hinreisen würde. Unerwähnt bleibt allerdings, dass die israelische Regierung nach wie vor jeglichen Kontakt zu Israel ablehnt und auch der damalige Besuch kein offizieller war. Ferner ergaben sich erhebliche Ungereimtheiten in Bezug auf einen von Hofer behaupteten terroristisch motivierten Vorfall am Tempelberg während seines Besuches, der so nicht belegt werden konnte (vgl. Widler 2016).

In einem Interview im Zuge des Wien-Wahlkampfes behauptet Strache:

dass sowohl Stenzel als auch ich gewarnt haben vor einer sehr gefährlichen Entwicklung, wo Menschen aus Regionen kommen, die antisemitische Gedankenrichtungen auch oftmals mitnehmen, die den Staat Israel vernichten wollen. Wo wir Angst haben müssen, dass auch bei uns ein neuer Antisemitismus entsteht, vor dem wir gewarnt haben, weil wir eine besondere Verantwortung haben, dass die wieder hier in Wien Juden, aber auch andere Menschen Angst haben müssen, dass sie aufgrund ihrer Religion attackiert werden.

(W-ORF-WH)



Abbildung 11: Facebook-Eintrag Hofers

Die behauptete drohende Gefahr antisemitischen Gedankenguts wird argumentativ genutzt, um sich gegen Migration und Islam zu äußern und von den häufigen antisemitischen FPÖ-„Rülpsern“ abzulenken. Der (vermeintliche) Wandel der FPÖ, sich explizit positiv gegenüber Israel zu positionieren und den Holocaust bzw. den Antisemitismus zu verurteilen, zeugt auch von einem Wissen darüber, was sagbar ist. Auch auf Facebook orientiert sich Hofer am diskursiv Sagbaren und Angemessenen – er verurteilt die „Ereignisse des Holocaust“ als „schrecklich“, fordert, dies nie zu vergessen und mahnt Respekt und Toleranz ein, um – unspezifisch formuliert – „Derartiges nie wieder Realität“ werden zu lassen (Abb. 11).

5.7 Aufdeckerischer Stil und Wahrheitsanspruch

In politischen Diskursen finden häufig Aushandlungsprozesse und Kämpfe um die Deutungshoheit von Begriffen und Konzepten (vgl. Panagl/Stürmer 2002; Rheindorf 2017a) und Relevanzsetzungen von Themen statt. In den beiden Wahlkämpfen äußerte sich dies u.a. in der Strategie der FPÖ, die politischen Gegner_innen als unglaubwürdig und unehrlich darzustellen sowie Inkonsistenzen aufzuzeigen. Diese Strategie wird durch verschiedene sprachliche Mittel realisiert, wie beispielsweise in Straches Rede am Stephansplatz (W-RST) durch die häufig auftretenden Formulierungen „genau das ist es“, „Realität“, „zeigt auf“ oder „in Wahrheit“. Diese Mittel werden eingesetzt, um einen Kontrast zu etwas Vorherigem oder Gegensätzlichem herzustellen. Darin zeigt sich ein (pseudo-)aufdeckerischer Stil, indem Strache andeutet, aufzudecken, wie etwas „in Wahrheit“ sei. Strache beansprucht für sich und seine Partei die Deutungshoheit über Sachverhalte, Begriffe und Handlungsweisen von Personen und stellt sich dadurch als Politiker dar, der die Wahrheit sagt – im Gegensatz zu den anderen, die bewusst Unwahrheiten sagen. So meint Strache bereits zu wissen, dass Häupl ohnehin nach der Wahl in Pension gehen werde. Die Selbstdarstellung als Mensch, der es wagt, die Wahrheit auszusprechen, geht wiederum mit der angenommenen Fremdzuschreibung und Diskreditierung durch die politischen Kontrahent_innen und somit mit der behaupteten Verfolgung einher. Dies zeigt sich beispielsweise im folgenden Auszug aus Straches Rede, in der es um die (vermeintliche) Entlassung einer Wiener Kindergartenpädagogin wegen der Verbreitung christlicher Inhalte geht:

Und wenn man das dann anspricht und dann die Frau Vassilakou und der Herr Häupl ganz aufgeregt herumschreien, „Sie Märchenonkel, das stimmt ja alles nicht. Die Dame ist ja gar nicht gekündigt worden“, hat er dann gesagt, der Herr Häupl. Wieder wissentlich die Unwahrheit gesagt, wo natürlich das auch im Schreiben der Magistratsabteilung vermerkt ist, weil sie den Kindern das Christfest näher gebracht hat, und das in Wahrheit der Grund war.

(W-RST)

In diesem Ausschnitt finden sich zahlreiche Realisierungen dieser Strategien: So habe er mit Konsequenzen wie der Anschuldigung, selbst die Unwahrheit zu sagen („Sie Märchenonkel“), zu rechnen. Strache behauptet, Häupl sage „wissentlich die Unwahrheit“, während „natürlich“ eine andere Version stimme. Seine Selbstdarstellung als aufdeckerisch und ehrlich zeigt sich in Formulierungen wie „das [war] in Wahrheit der Grund“ oder „das zeigt auf“. Diese sprachlichen Mittel dienen dazu, die Kontrahent_innen („die Herrschaften“) als unehrlich darzustellen. In der Abschlusskundgebung am Stephansplatz (April 2016) rekurriert Hofer ebenso auf den Realitäts- bzw. Wahrheitstopos und seine Pflicht, die Wahrheit zu sagen: „Und

wir müssen auch andere Dinge aushalten, wenn wir die Wahrheit sagen. (2.0) Und meine Wahrheit ist, dass Österreich es nicht verkraftet, wenn so wie Frau Griess es sagt und wie Van der Bellen es sagt, im heurigen Jahr noch einmal neunzig Tausend Flüchtlinge nach Österreich kommen“ (BP-RST).

Konstruktionen wie „wenn man erlebt“ oder „wir haben erlebt“, die Strache häufig einsetzt, fokussieren auf seine eigene Wahrnehmung und Erfahrung. Diese Strategie erinnert an argumentum ad exemplum, einer Argumentation auf Basis der eigenen Erfahrung: „Wir haben erlebt, auf bundespolitischer Ebene, seit Jahren negativste Entwicklungen“ (W-RST). Nachdem er diese Konstruktion ausschließlich in negativen Kontexten verwendet, um das Fehlverhalten seiner Kontrahent_innen oder durch sie (vermeintlich) verursachte Missstände zu exemplifizieren, erhält das Verb „erleben“ eine Konnotation in Richtung „erdulden“/„aushalten“. Die Passivkonstruktionen unterstützen dies, da sie Prozesse enthalten, denen man sich nicht entziehen kann. Hofer bemüht sich, Van der Bellen als unglaubwürdig darzustellen. So unterstellt er Van der Bellen im unmoderierten ATV-Duell, unehrlich zu sein und zu lügen, während er selbst sich entweder als ehrlich darstellt oder andeutet, Widersprüche Van der Bellens aufzudecken. In den folgenden Auszügen versuchen sowohl Hofer (H) als auch Van der Bellen (VdB), die eigenen Deutungsweisen durchzusetzen:

H: [...] und wenn man Präsident ist, muss man überparteilich sein und für alle da sein.

VdB: Jetzt auf einmal, Herr Hofer, jetzt auf einmal.=

H: =Ja, Sie waren ja derjenige, der gesagt hat, er ist überparteilich, obwohl Sie von den Grünen unterstützt werden [...]

und haben den Wahlkampf mit einer !UN!wahrheit begonnen. Das muss ich auch sagen.

(BP ATV-D)

Hofer greift diesen Aspekt (Unwahrheit, Lüge) später erneut auf:

H: Ich habe meine Kandidatur nicht mit einer Lüge begonnen wie Sie.

VdB: Ah! [Jetzt bin ich] ein Lügner.

H: [Wenn jemand sagt/]

VdB: Das ist klagbar.=

H: =Natürlich war das eine Lüge. Sie können mich gerne klagen. Sie haben gesagt

[Sie sind ein unabhängiger Kandidat]

VdB: [Ich denke gar nicht dran.]

Das ist es mir nicht wert.

[Aber es !WÄ!re klagbar.]

H: [Das ist eine !LÜ!ge.] Denn Sie sind nicht unabhängig.

(BP ATV-D)

Ein weiteres Element, das zur Konstruktion des Wahrheitsanspruchs beiträgt, ist die Behauptung der manipulativen Medien. Diese würden selektiv berichten und den Beobachtungen und dem Wissen von FPÖ-Politiker_innen widersprechen. Diese behauptete Divergenz zwischen der Berichterstattung von Mainstreammedien und der eigenen Sicht führen Strache und Hofer auf intentional selektives und nicht objektives Berichten sowie auf die

Absicht, der FPÖ einen Nachteil zu verschaffen, zurück. Ein solches Fehlverhalten unterstellt Hofer Milborn in einem Interview, nachdem diese ihn mit einer Fotomontage eines FPÖ-Funktionärs, die Van der Bellen neben einem Foto von Adolf Hitler zeigt, konfrontiert: „und wenn Sie jetzt objektiv wären, dann würden Sie genauso einspielen, äh das Posting der Grünen Bezirksrätin aus dem achten Bezirk, äh wo sie mit Heinz Christian Strache genau dasselbe tut“ (BP-Puls4-MH). Hofer lenkt unter Einsatz des argumentum-ad-hominem-Scheinarguments („wenn Sie jetzt objektiv wären“) vom eigentlichen Inhalt ab und richtet einen persönlichen Angriff gegen die Moderatorin. Ähnliches moniert Strache in seiner Rede im Rahmen der Wien-Wahl:

und wenn man da die letzten Wochen und Monate auch die Entwicklungen erlebt hat, teilweise in der Medienlandschaft, wie agiert wurde, auch manipulative Berichterstattung stattgefunden hat, wo Dinge dann verdreht worden sind, wo man ganz bewusst offenbar der Bevölkerung !NICHT! überall bereit war, die Wahrheit zu sagen, oder auch sehr gehässig Berichterstattung gegen die Freiheitliche Partei vorgenommen hat, dann gehört das auch einmal zur Sprache gebracht.

(W-RST)

Die Formulierungen zeichnen sich – wie bereits unter 5.2 dargelegt – durch ein hohes Maß an unpersönlichen Konstruktionen, Nominalisierungen und Passivierungen aus. Als Opfer dieser Handlungen werden die Bevölkerung und die FPÖ konstruiert. Zusätzlich betont Strache, dass er es als seine Verpflichtung sehe, diesen Missstand zu thematisieren. Darin verstärkt er die Selbstzuschreibung der Partei, für die Wahrheit einzustehen. Passend zu diesem skeptischen bis negativen Verhältnis der FPÖ zu konventionellen Medien greift die FPÖ häufig auf alternative Medien wie auch als einschlägige rechte Medien wie unzensuriert.at zurück. Die FPÖ zählt im Übrigen laut Hoaxmap zu den Top-Verbreitern falscher Meldungen (vgl. Schmid 2016).

6 Zusammenfassung

Wie in diesem Beitrag gezeigt wurde, handelt es sich bei den von der FPÖ in den Wahlkämpfen eingesetzten diskursiven Strategien um altbewährte Strategien und Muster, die u.a. auf Haider zurückgehen (vgl. Ottomeyer 2000; Ötsch 2000; Reisingl 2002, Wodak 2015; Wodak/Forchtner 2014). Dazu zählen bspw. die diskursive Ausgrenzung von Nicht-Zugehörigen (Muslim_innen, Geflüchteten; Homosexuelle), die negative Bewertung von Migration, oder die auf Generalisierungen basierende kategoriale Trennung und das Ausspielen sozialer Gruppen. Charakteristisch für rechtspopulistische Rhetorik sind ferner die Konstruktion von Untergangsszenarien und das Heraufbeschwören negativer Entwicklungen (vgl. Scharsach 1992: 25-27; Ötsch 2000: 67f.; Wodak 2015; Rheindorf/Wodak im Erscheinen). Auch in den beiden Wahlkämpfen sind FPÖ-Politiker_innen nicht müde, dies zu betonen. Damit geht auch die Selbst-Stilisierung als Retter_innen einher, die sich – im Gegensatz zu den Konkurrent_innen, die diese behaupteten Missstände verursacht haben – der Probleme der Bürgerinnen annehmen. Ferner erfolgt eine Diskreditierung bzw. Herabsetzung der politischen Gegner_innen, bspw. über die Zuschreibung von negativen Qualitäten und Handlungsweisen (Nomination und Prädikation). Auch die eingesetzten Topoi zählen zum bestehenden Repertoire rechtspopulistischer Argumentation, wie Missbrauchs-, Bedrohungs-, Kultur-Topoi

oder Topos des Volkes und der demokratischen Mitbestimmung. Der aufdeckerische Stil der FPÖ trägt ebenso dazu bei, sich selbst im Gegensatz zu den politischen Gegner_innen als integer und ehrlich darzustellen. Die FPÖ inszeniert sich als Partei, die für das „Volk“ bzw. die „Österreicher_innen“ spricht und demokratische Verhältnisse („das Recht geht vom Volk aus“, direkte Demokratie) durchsetzt. Am Beispiel der Fokussierung auf das Thema „Demokratie“ wurde gezeigt, wie sich Rechtspopulist_innen Wissen um Sagbarkeitsbedingungen im öffentlichen Diskurs zu Eigen gemacht haben (Vorwurf des undemokratischen Verhaltens der Gegner_innen und Inszenierung als Bewahrer_innen demokratischer Werte). Dies steht in Einklang mit der staatsmännischen Inszenierung Straches und dem Versuch, die FPÖ als regierungstaugliche Partei zu etablieren.

Eine Neuerung stellt die intensive und breite Aktivierung von Symbolen des banalen Nationalismus dar. Dieser saliente Nationalismus wurde in vielfältigen Formen (Fahnen, Hymne etc.) in beiden Wahlkämpfen für Wahlzwecke instrumentalisiert (vgl. Marquart 2013: 368). Damit hängen auch eine betont nativistische Körperpolitik und Zentralsetzung des Heimatbegriffs zusammen. Ebendiese Motive (Heimatliebe, Patriotismus, „Volk“) entsprechen dem thematischen Standardrepertoire rechtspopulistischer bis rechtsextremer Gruppierungen und Parteien, wie der „Identitären Bewegung Österreich“ (vgl. Pollak 2015; Bendl/Spitzmüller 2017; Lehner 2017). Ebenfalls neu bzw. normalisiert erscheinen Strategien und Inszenierungen, um den Vorwurf der NS-Nähe abzustreiten und ein positives Verhältnis zu Israel zu vermitteln, was jedenfalls auf den ersten Blick einen Unterschied zu Haider's antisemitischen Anspielungen bzw. Agitationen darstellt. Auf den zweiten Blick allerdings sind personelle sowie ideologische Verbindungen der FPÖ zu einschlägigem Gedankengut nicht von der Hand zu weisen (vgl. Mauthausen Komitee 2017; Pollak 2015; Wodak 2016: 32). Wie die untersuchten sprachlichen Ausgrenzungshandlungen zeigten, führt die FPÖ unter Strache den xenophoben Kurs von Haider fort. Hier zeigt sich zudem eine Verbindung dieser zwei Themen (Antisemitismus und Xenophobie), da die FPÖ vorgibt, vor einem vermeintlichen neuen Antisemitismus, der von (neu zugewanderten) Muslim_innen ausgehe, zu warnen, und dies nutzt, um Muslim_innen auszugrenzen und von eigenen Antisemitismen abzulenken.

Im Vergleich zu früheren Untersuchungen zeigt sich eine Normalisierung in zweifacher Hinsicht: einerseits sind eine fehlende Abgrenzung gegenüber der FPÖ bzw. Übernahme rechtspopulistischer Positionen durch andere Parteien (SPÖ, ÖVP) zu verzeichnen (vgl. Rheindorf 2017a); andererseits erfolgte eine Normalisierung der FPÖ als wählbare Partei, die sich als zu Unrecht ausgegrenzt inszeniert. Ersteres hat sich in diversen Koalitionen mit der FPÖ auf Bundesländerebene als auch auf nationaler Ebene gezeigt. Zugleich führte erst kürzlich der amtierende Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) einen rechtspopulistischen Nationalratswahlkampf, der ihm den Sieg einbrachte und in einer Koalition mit der FPÖ mündete. Wie Wodak/Köhler bereits für den Europaparlamentswahlkampf 2009 festhielten, griff die ÖVP allerdings bereits früher auf die negative Thematisierung von Asyl zurück (vgl. Wodak/Köhler 2009: 47f.). Die Autorinnen attestierten schon damals eine Normalisierung rechtspopulistischer FPÖ-Strategien und Inhalte. Dementsprechend kann angesichts der vorliegenden Analysen dahingehend zumindest eine weiter fortgeschrittene Normalisierung festgehalten werden.

Literaturverzeichnis

- ATV (2016): „Das unmoderierte TV-Duell“. www.atv.at/atv-meine-wahl/gaeste-norbert-hofer-alexander-van-der-bellen/d1228604/ [11.02.2019].
- Bendl, Christian/Spitzmüller, Jürgen (2017): „Rassismus‘ ohne Rassismus? Ethnoseparatistische Diskurse in sozialen Netzwerken“. *Wiener Linguistische Gazette (WLG)* 80 (2017): 1–26.
- Bettinger, Frank (2007): „Diskurse - Konstitutionsbedingung des Sozialen“. In: Anhorn, Roland (ed.): *Foucaults Machtanalytik und soziale Arbeit: eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften: 75–90.
- Billig, Michael (1995): *Banal Nationalism*. London: Sage.
- derStandard (2015): „Wer kann besser texten als Strache?“ www.derstandard.at/2000021645549/Wer-kann-besser-texten-als-HC-Strache [27.11.2017].
- derStandard (2016a): „Strache hält Wahlanfechtung für wahrscheinlich“. www.derstandard.at/2000038229258/Wahlanfechtung-Strache-weiter-unschluessig [03.09.2017].
- derStandard (2016b): „Van der Bellens Team ruft nach Hofer-Sager zu Mäßigung auf“. www.derstandard.at/2000034531197/Van-der-Bellens-Team-ruft-nach-Hofer-Sager-zu-Maessigung [01.12.2017].
- DÖW (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes) (s. a. (a)): „Die Aula“. www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/die-aula [19.12.2017].
- DÖW (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes) (s. a. (b)): „Konferenz der ‚Verteidiger Europas‘: ReferentInnen und Aussteller“. www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/oktober-2016/konferenz-der-verteidiger-europas-referentinnen-und-aussteller [13.11.2017].
- Engel, Jakob/Wodak, Ruth (2009): „Kalkulierte Ambivalenz, ‚Störungen‘ und das ‚Gedankenjahr‘: Die Causen Siegfried Kampl und John Gudenus“. In: de Cillia, Rudolf/Wodak, Ruth (eds.): *Gedenken im ‚Gedankenjahr‘*. Innsbruck, Studienverlag: 79–100.
- Fendrich, Reinhard (s. a.): „I am from Austria“. fendrich.at/musik/texte/i/i-am-from-austria/ [16.11.2017].
- Forchtner, Bernhard/Krzyżanowski, Michał/Wodak, Ruth (2013): „Mediatization, Right-Wing Populism and Political Campaigning: The Case of the Austrian Freedom Party“. In: Ekström, Mats/Tolson, Andrew: *Media Talk and Political Elections in Europe and America*. Basingtoke, Palgrave: 205–228.
- FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) (s. a.): „Wahlprogramm 2015“ www.fpoe.at/themen/wahlprogramm-2015/stopp-der-zuwanderung-und-schutz-auf-zeit-statt-tueren-auf-fuer-alle/ [29.12.2016].
- FPÖ TV (2015): „Grundsatzklärung von HC Strache zum Asylnotstand in Österreich“. www.youtube.com/watch?v=0rJhoDQPfz8 [05.09.2017].
- FPÖ TV (2016a): „Immer wieder Österreich – Flagge zeigen 2016“. www.youtube.com/watch?v=IcV6aUw4xhU&t=2s [08.02.2017].
- FPÖ TV (2016b): „Schlusskundgebung am Stephansplatz“. www.youtube.com/watch?v=pzh0nMPchHc [27.02.2017].
- FPÖ TV (2017): „Die Hubers“. www.youtube.com/watch?v=frWRvl-Sjtk [11.02.2019].

- Gärtner, Reinhold (2002): „The FPÖ, Foreigners, and Racism in the Haider Era“. In: Wodak, Ruth/Pelinka, Anton (ed.): *The Haider Phenomenon in Austria*. New Brunswick, NJ, Transaction Publishers: 17–31.
- Gredel, Eva (2014): *Diskursdynamiken: Metaphorische Muster zum Diskursobjekt Virus*. Berlin/Boston: Mouton de Gruyter.
- Goldman, Alvin I. (1999): *Knowledge in a Social World*. Oxford: Clarendon Press.
- Howanietz, Michael (2013): *Für ein freies Österreich. Souveränität als Zukunftsmodell*. Wien: Freiheitlicher Parlamentsklub.
- IGGÖ (Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich) (s. a.): „Geschichte“. www.derislam.at/iggo/?c=content&cssid=Geschichte&navid=94&par=100 [05.02.2018].
- Januschek, Franz (1992): *Rechtspopulismus und NS-Anspielungen am Beispiel des österreichischen Politikers Jörg Haider*. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.
- Köhler, Katharina/Wodak, Ruth (2011): „Mitbürger, Fremde und ‚echte Wiener‘ – Ein- und Ausgrenzungen über Sprache. Diskursive Konstruktion von Macht und Ungleichheit am Beispiel des Wiener Wahlkampfes 2010“. *Der Deutschunterricht* 6 (2011): 64–73.
- Lehner, Sabine (2017): „Rhetorik der Angst am Beispiel der ‚Identitären‘. Zur Konstruktion von Bedrohungen, Krisen und Gefahren.“ In: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (eds.): *Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen Identitären*. Hamburg, Marta Press: 133–166.
- Lim, Ojal (2016): „ORF-Elefantenrunde zur Bundespräsidentenwahl 21.04.2016“. www.youtube.com/watch?v=d4w2fPN7fuM&t=13s [13.12.2017].
- Link, Jürgen (2013): *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Manoschek, Walter (2002): „FPÖ, ÖVP, and Austria’s Nazi Past“. In: Wodak, Ruth/Pelinka, Anton (ed.): *The Haider Phenomenon in Austria*. New Brunswick, NJ, Transaction Publishers: 3–15.
- Marquart, Franziska (2013): „Rechtspopulismus im Wandel. Wahlplakate der FPÖ von 1978–2008“. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)* 42 (4): 353–371.
- Mauthausen Komitee Österreich (2017): *Lauter Einzelfälle? Die FPÖ und der Rechtsextremismus*. Wien: Mauthausen Komitee Österreich. www.mkoe.at/sites/default/files/files/aktuelles/MKOE-A5-Broschuere-Die-FPOE-und-der-Rechtsextremismus.pdf [20.12.2017].
- Meister, Axel (2016): „Die Leut' sollen uns nicht für Nazis halten““ news.at/a/rainhard-frendrich-interview-7618327 [16.11.2017].
- Musolff, Andreas (2012): „The study of metaphor as part of critical discourse analysis“. *Critical Discourse Studies* 9 (3): 301–310. DOI: 10.1080/17405904.2012.688300.
- Oesterreichzuerst (2015): „Wien heute – Interview mit HC Strache – Wienwahl 2015 – 1.10.2015“. www.youtube.com/watch?v=5L4F0_wBxa8 [27.06.2017].
- Ötsch, Walter (2000): *Haider light: Handbuch für Demagogie*. 3. Auflage. Wien: Czernin.
- Ötsch, Walter/Horaczek, Nina (2017): *Populismus für Anfänger: Anleitung zur Volksverführung*. Frankfurt/Main: Westend.
- Ottomeyer, Klaus (2000): *Die Haider-Show: zur Psychopolitik der FPÖ*. Klagenfurt: Drava.
- Panagl, Oswald/Stürmer, Horst (ed.) (2002): *Politische Konzepte und verbale Strategien. Bri-sante Wörter – Begriffsfelder – Sprachbilder*. Frankfurt a. M.: Lang.

- Peham, Andreas (s. a.): „*Durch Reinheit zur Einheit*“ *Zur Kritik des deutschnationalen Korporationswesens in Österreich unter besonderer Berücksichtigung antisemitischer Traditionslinien und nationalsozialistischer Bezüge*. Wien: www.doew.at. www.doew.at/cms/download/6or5r/peham_burschenschaften.pdf [12.07.2017].
- Pollak, Alexander (2015): *Hassprediger. Der aufhaltsame Aufstieg des Johannes G. Ein Beipacktext zur Wiener Wahl*. Berlin: Epubli.
- PULS 4 (2016a): „Wer wird Präsident? Das Duell“ www.puls4.com/pro-und-contra/videos/wer-wird-prasident/Ganze-Folgen/Wer-wird-Praesident.-Das-Duell [03.09.2017].
- PULS 4 (2016b): „Wer wird Präsident? Norbert Hofer?“ www.puls4.com/pro-und-contra/videos/wer-wird-prasident/Ganze-Folgen/Wer-wird-Praesident.-Norbert-Hofer [11.02.2019].
- Reisigl, Martin (2002): „Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und Angst und Bange machen“. Von populistischen Anrufungen, Anbieterungen und Agitationsweisen in der Sprache österreichischer PolitikerInnen“. In: Eismann, Wolfgang (ed.): *Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?* Wien, Czernin: 149–198.
- Rheindorf, Markus (2017a): „Integration durch Strafe? Die Normalisierung paternalistischer Denkfiguren zur ‚Integrationsunwilligkeit‘“. *Zeitschrift für Diskursforschung* 5 (2): 182–206.
- Rheindorf, Markus (2017b): „Diskursanalyse in der Linguistik: Der Diskurshistorische Ansatz“. In: Wilk, Florian (ed.): *Sprache und Identität. Tagungsband der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Theologie*. Neunkirchen, Neunkirchener Verlag: 17–62.
- Rheindorf, Markus/Wodak, Ruth (im Erscheinen): „‘Austria First’ Revisited: A diachronic cross-sectional analysis of the gender and body politics of the extreme right“. *Cultural Imaginaries of the Extreme Right. Special Issue of Patterns of Prejudice*.
- Rheindorf, Markus/Wodak, Ruth (2018): „Borders, Fences and Limits – Protecting Austria from Refugees. Metadiscursive negotiations of meaning in the current refugee crisis“. *Journal of Immigrant & Refugee Studies* 16 (1–2): 15–38. DOI:10.1080/15562948.2017.1302032.
- Rice (2008): „strache als che guevara ?“ www.youtube.com/watch?v=3l33zc1yxOY [29.11.2017].
- Rosenberger, Sieglinde/Hadj-Abdou, Leila (2013): „Islam at issue: anti-Islamic mobilization of the extreme right in Austria“. In: Godin, Emmanuel/Jenkins, Brian (eds.): *Varieties of right-wing extremism in Europe*. London/New York, Routledge: 149–163.
- Selting, Margret et al. (2009): „Gesprächsanalytisches Transkriptionssystem 2 (GAT 2)“. *Gesprächsforschung – Online-Zeitschrift zur verbalen Interaktion* 10 (2009): 353–402. www.gespraechsforschung-online.de/fileadmin/dateien/heft2009/px-gat2.pdf [26.09.2018]
- Scharsach, Hans-Henning (1992): *Haiders Kampf*. Wien: Orac.
- Scharsach, Hans-Henning (2017): *Stille Machtergreifung: Hofer, Strache und die Burschenschaften*. Wien: Kremayr & Scheriau.
- Schmid, Fabian (2016): „Fake-News: FPÖ laut Hoaxmap unter Top-Verbreitern von Gerüchten“. www.derstandard.at/2000049969763/Fake-News-FPOe-laut-Hoaxmap-unter-Top-Verbreitern-von-Geruechten [19.01.2017].
- Spitzmüller, Jürgen/Warnke, Ingo W. (eds.) (2011): *Diskurslinguistik: Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse*. Berlin/Boston: De Gruyter.

- SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) (s. a.): „Ziele & Werte für Österreich. Wertekompass der Sozialdemokratischen Partei Österreichs“. spoe.at/sites/default/files/kriterienkatalog.pdf [30.01.2018].
- Stadt Wien (s. a.): „Gemeinderatsmandate“. wien.gv.at/statistik/wahlen/tabellen/gr-mandate-zr.html [29.08.2017].
- Stögner, Karin (2016): „‘We are the new Jews!’ and ‘The Jewish Lobby’ – antisemitism and the construction of a national identity by the Austrian Freedom Party“. *Nations and Nationalism* 22 (3): 484–504. DOI: 10.1111/nana.12165.
- Strache, Heinz-Christian (2015): Ohne Titel. www.facebook.com/HCStrache/videos/10153379537818591/ [11.02.2019].
- The Graduate Institute Geneva (2016): „Can Europe’s Politicians Solve the Migration Crisis?“ www.youtube.com/watch?v=TrKYho5PMwU [22.11.2017].
- Weidinger, Bernhard (s. a.): „,... keine Berührungsängste mit dem Begriff ‚deutsch‘“. www.doew.at/neues/keine-beruehrungsangste-mit-dem-begriff-deutsch [30.01.2018].
- Wendl, Karl (2016): „FPÖ-Stenzel sorgt für TV-Eklat“. www.oe24.at/oesterreich/politik/FPOe-Stenzel-sorgt-fuer-TV-Eklat/259119305 [03.09.2017].
- Widler, Yvonne (2016): „Norbert Hofer und das Knesset-Rätsel“. kurier.at/politik/inland/norbert-hofer-und-das-knesset-raetsel/199.670.909 [05.02.2018].
- Wodak, Ruth (2013): „‘Anything Goes!’ - The Haiderization of Europe“. In: Wodak, Ruth/KhosraviNik, Majid/Mral, Brigitte (ed.): *Right-Wing Populism in Europe. Politics and Discourse*. London, Bloomsbury: 23–37.
- Wodak, Ruth (2015): „Normalisierung nach rechts‘: Politischer Diskurs im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und kritischer Öffentlichkeit“. *Linguistik Online* 73 (4): 27–44. DOI: dx.doi.org/10.13092/lo.73.2191.
- Wodak, Ruth (2016): *Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*. Wien und Hamburg: Edition Konturen.
- Wodak, Ruth (2017): „The ‘Establishment’, the ‘Élites’, and the ‘People’. Who’s who?“ *Journal of Language and Politics* 16 (4): 551–565. DOI: 10.1075/jlp.17030.wod.
- Wodak, Ruth et al. (1998): *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Wodak, Ruth/Forchtner, Bernhard (2014): „Embattled Vienna 1983/2010: right-wing populism, collective memory and the fictionalisation of politics“. *Visual Communication* 13 (2): 231–255. DOI: 10.1177/1470357213516720.
- Wodak, Ruth/Köhler, Katharina (2010): „Wer oder was ist ‚fremd‘? Diskurshistorische Analyse fremdenfeindlicher Rhetorik in Österreich“. *SWS-Rundschau*, 50 (1): 33–55.
- Zöchling, Christa (2015): „Die unheimliche Nummer zwei“. www.profil.at/oesterreich/fpoe-johann-gudenus-die-unheimliche-nummer-zwei-5790699 [22.12.2017].

Anhang: Transkriptionskonventionen

Wie unter 5 erwähnt, wurde das Datenmaterial selektiv und grob transkribiert. Bei der Verschriftung des Videomaterials wurde – mit der Ausnahme von betonten dialektalen Ausdrücken – auf Standardorthographiekonventionen, sowie Interpunktions-, Klein- und

Großschreibungsregeln zurückgegriffen. Weiters wurden die folgenden Konventionen in Anlehnung an das Gesprächsanalytische Transkriptionssystem 2 (GAT 2; vgl. Selting et al. 2010) angewandt:

(2.0)	Längere Pausen werden mit der Angabe der Dauer in Sekunden festgehalten
/	Turnabbruch
[...]	Auslassung im Transkript
=	unmittelbarer Anschluss
„“	Zitate, Wiedergabe fremder Rede
(())	Beschreibung nonverbaler Handlungen
!JAH!ren	Rufzeichen und Großschreibung der betonten Silbe bei von der Standardaussprache abweichender, starker Betonung
[]	Überlappungen, Simultansprechen